

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

290 (13.12.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.—M. einschl. 80 ¢ Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80.—, ohne Ausgabe-u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25 ¢. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1/2seitige Kolonelleile 1.—M. Die Reklamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Völkerbundsversammlung in Genf

Genf, 11. Dez. In der Vollziehung der Völkerbundsversammlung vom Samstag teilte Präsident G. M. A. ein Telegramm des Nobelpräsidiums mit, welches den Völkerbund von der Zuweisung des Friedenspreises für das Jahr 1920 an Leon Bourgeois verständigt. G. M. A. sprach in einer langen, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede, in der er der Verdienste Bourgeois um den Völkerbund gedachte und rühmte, die Freude und den Stolz der Versammlung u. u. Bourgeois, dem man einen prächtigen Rosenkranz überreichte, dankte ebenfalls dem lebhaftem Beifall der Versammlung. Er legte Wert auf die Feststellung, daß die Ueberreichung des Friedenspreises nicht seiner Person, sondern Frankreich gelte, das im letzten Krieg für das Recht gekämpft habe und auch dem Frieden und der Gerechtigkeit (1) diene.

Aus der Abrüstungskommission

Genf, 11. Dez. Die öffentliche Sitzung der Abrüstungskommission vom Samstag nahm einen Bericht der Unterkommission über die Abrüstungsfrage entgegen. Allgemein wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Völkerbundversammlung in dieser Frage einen praktischen Schritt vorwärts machen müsse.

Der neue sächsische Kabinett

Dresden, 11. Dez. Die gestrigen Besprechungen des Ministerpräsidenten Bua mit den unabhängigen Abgeordneten Lipinski, Jädel und Fleißner haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich das Kabinett nunmehr folgendermaßen zusammensetzt: Ministerpräsident Bua (Soz.), Wirtschaftsministerium Schwarz (Soz.), Justiz Dr. Garndt (Soz.), Ministerium des Inneren Lipinski (USP.), Kultusministerium Fleißner (USP.), Arbeitsministerium Jädel (USP.), Finanzministerium Goldt (Soz.).

Eine deutsche Note über die Einwohnerwehren

Berlin, 10. Dez. Dem Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission ist gestern eine Note über die Enttarnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen übergeben worden. In dieser Note wird gesagt, daß Deutschland eine rechtliche Verpflichtung zur Auflösung der Selbstschutzorganisationen nicht-militärischen Charakters niemals anerkannt habe. Auch aus dem Friedensvertrag könne eine Verpflichtung hierzu nicht hergeleitet werden. Die Frage der Selbstschutzorganisationen sei eine innere Angelegenheit. Sie sei eine vorübergehende Einrichtung für Zeiten außergewöhnlicher Umstände und liege im eigenen Interesse des Staates, dieses Hilfsmittel so lange wie möglich bestehen zu lassen. Die Enttarnung der Einwohnerwehren müsse sich die Regierung mit allen Mitteln aneignen. Dann geht die Note auf die bayerischen besonderen Verhältnisse ein, wo zur Auflösung der Einwohnerwehren erst geschritten werden könne, wenn die Enttarnung der staatsfeindlichen Elemente durchgeführt sei. Auch in Ostpreußen müsse mit einer Verjüngung der Enttarnung gerechnet werden, da auch hier die Bevölkerung durch die bolschewistische Gefahr dauernd bedroht sei. Zum Schluß betont die Note, Deutschland hoffe, daß sich die Entente den besonderen Umständen nicht verschließen werde.

Das Endresultat der Abstimmung in Griechenland — Frankreich protestiert gegen die Rückkehr Konstantins

Athen, 11. Dez. Bei der Volksabstimmung stimmten für die Rückkehr des Königs Konstantin 999 954 Wähler, gegen die Rückkehr 110 383. Unültig waren 11 090 Zettel, leer 1200 Zettel. Bei den Wahlen am 14. November wurden im ganzen 888 371 Stimmen abgegeben.

Athen, 11. Dez. Der französische Gesandte überreichte gestern Abend im Außenministerium dem Ministerpräsidenten Mollis eine Note der französischen Regierung, in der diese darauf hinweist, daß eine Rückkehr des Königs Konstantin in den sofortigen Abbruch aller finanziellen Hilfsaktionen nach sich ziehen würde. In Finanzkreisen ist man besorgt, weil der Kurs für die Drachmen sinkt.

Volksabstimmung in München

München, 12. Dez. Bei der heute in München erfolgten Volksabstimmung darüber, ob in München eine Neuwahl des Stadtrates erfolgen solle, stimmten von insgesamt 388 753 Wahlberechtigten insgesamt 179 413 für eine Neuwahl. Da 194 780 Stimmen nötig gewesen wären, um die Neuwahl durchzusetzen, findet keine Neuwahl statt.

Biehabschlag nach Südbavien

Belgrad, 11. Dez. (Verl. Ztbl.) Einer Müttermeldung zufolge wurde der Regierung von der Reparationskommission mitgeteilt, daß den südbavischen Staaten aus der letzten Deutschland zu zahlenden Kriegsschuldigung 10 000 Pferde, 15 000 Kühe und 6500 Schafe zugewiesen seien. Der Ministerat wird den Viehtransport organisieren.

Ein Ortschaft-Kassierer durchgebrannt

Berlin, 11. Dez. (Privattelegramm.) Laut einem Telegramm aus Halle hat der Kassierer der Organisation Eschereich für die Provinz Sachsen-Anhalt, ein Leutnant Lehmann, der über anvertrauten Kasse 4 Millionen Mark entwendet und ist damit nach Holland entflohen.

Neukommunisten sprengen eine Versammlung

Berlin, 11. Dez. (Privattelegramm.) Wie der „Lokalanzeiger“ aus Hamburg berichtet, wurde eine im Werkstatthaus tagende Versammlung der Hamburger Rechtsunabhängigen, in der Dittmann (Berlin) sprechen sollte, von den in der

Mehrzahl anwesenden Neukommunisten gesprengt, wobei es zu einer schweren Schlägerei kam, bei der auch Dittmann mit Verletzungen bearbeitet wurde.

Parteispaltung in der Schweiz

Bern, 11. Dez. Der Schweizer sozialistische Parteitag lehnte mit 350 gegen 213 Stimmen den Eintritt in die dritte Internationale ab, worauf die Partei links den Saal verließ; sie wird sich an den weiteren Arbeiten der Partei nicht mehr beteiligen.

Die Schweizer Kommunisten haben also genau ebenso gehandelt, wie die Rechtsunabhängigen in Halle, deren Ausgang von den Kommunisten aber als großes Verbrechen verschrien wurde. — Praktisch bedeutet der Vorgang die Spaltung der schweizerischen Partei. Wer hier die Spalter sind, kann nicht zweifelhaft sein.

Antwortnote der Alliierten

Berlin, 12. Dez. Beim Auswärtigen Amt ist gestern Abend die Antwort der interalliierten Kontrollkommission auf die am 9. Dezember übergebene deutsche Note über die Einwohnerwehren eingetroffen. Die Kontrollkommission erkennt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen nicht an, wiederholt die grundsätzliche Forderung sofortiger Auflösung und Entwaffnung aller Selbstschutzorganisationen und verlangt unverzügliche Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierzu zu treffen gedenkt. Der Wortlaut wird alsbald veröffentlicht werden. — Die Schnelligkeit, mit der die Antwort erfolgt ist, läßt darauf schließen, daß die Kontrollkommission auf Grund älterer Instruktionen gehandelt hat. Die deutsche Note kam in den fremden Hauptstädten noch nicht vorlegen haben. Bei der vitalen Bedeutung der Frage für Deutschland wird es aber unvermeidlich sein, daß sich die alliierten Regierungen selbst auf Grund der in der deutschen Note vorgebrachten Argumente damit befassen, wobei zu hoffen ist, daß sie den augenblicklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen werden. Die deutsche Regierung wird durch ihre Politik entsprechende Schritte unternehmen lassen.

Franciaische Millionenforderungen in der Pfalz

Landau, 11. Dez. Der Stadtrat bewilligte die Anforderungen der Befugnisbehörde in Höhe von mehreren Millionen Mark zur Verbesserung von Unteroffizierswohnungen und für Wohnungen für in französischem Dienst stehende Zivilpersonen, ferner die Veranschlagung eines Gebäudes für eine französische Schule in Landau, was etwa 700 000 M. Kosten verursacht und die Anlage von Felderbahnen nach den Futter- und Lebensmittelmagazinen der Franzosen in Landau. Das Reichsvermögen stimmt in Berlin hat H. Heibelberger „Tageblatt“ jede Mitwirkung für diese unbegründeten Forderungen abgelehnt. Die Bewilligung durch den Stadtrat erfolgte unter dem Zwang der Verhältnisse.

Der deutsche Luftverkehr

Berlin, 11. Dez. Nach dem neuesten Flugverbot der Entente hat die Deutsche Luftreederei ihre am 15. Nov. begonnene fliegende Berlin-Braunschweig-Essen einstellen müssen, weil der Landungsplatz in Essen-Rothhausen innerhalb der 50 Kilometerzone östlich des Rheins gelegen ist und nach Ansicht der Entente als militärische Befestigung gilt. Um auf allgemeinen Wunsch die wichtige Luftverbindung Berlin-Ansbachbezirk aufrecht zu erhalten, werden die täglichen Postflüge von Montag ab über Braunschweig nach Dortmund und zurück geleitet.

Die Kapitalisierung Sowjetrußlands

Moskau, 10. Dez. Eine Rundgebung der Sowjetregierung betont die Notwendigkeit eines Erlases der abgenutzten elektrischen und Dampfmaschinen für die Wiederaufrichtung der russischen Wirtschaft. Vor dem Kriege hatte Rußland 80 Prozent dieser Anlagen aus dem Ausland bezogen. Da die Kohlenvorräte und die anstehenden Waren ganz ungenügend seien, gebe es nur einen Ausweg, die Kapitalisten entsprechend heranzuziehen und ihnen zur Ausbeutung der reichhaltigen Landes Konzeptionen zu gewähren, namentlich im Norden, wo Rußland inermessliche Waldreichtümer und Millionen von Quadratkilometer unbenutzten Landes besitze. Die Kapitalisten des Westens würden die Arbeiterklasse Sowjetrußlands anerkennen und im Ausbeutungsgebiet arbeiten und Verkehrswege anlegen. Die Macht Sowjetrußlands, das alle seine Feinde, die Gürtlinge der Staaten Westeuropas, besticht habe, sei eine genügende Garantie gegen die Einmischung der ausländischen Kapitalisten in die inneren Angelegenheiten Rußlands.

Blutige Vorgänge in Prag

Wien, 11. Dez. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag: Gestern vormittag versammelten sich etwa 1000 Personen vor dem Gebäude der Nationalversammlung und etwas später zogen vom Landstädter Ring etwa 2500 Personen unter Vorantzen einer roten Fahne heran. Ein Polizist wurde verprügelt. Die zur Hilfeleistung herbeigeeilten Polizisten wurden angegriffen, wobei einige Schüsse gefallen sein sollen. Mehrere Polizisten erlitten Verletzungen durch Dolchstiche. Darauf gab die Polizei etwa 80 Schüsse ab, wobei die Menge die Flucht ergriff. Fünf oder sechs Demonstranten blieben auf dem Platze liegen. Von den Polizisten wurden 8 verletzt, darunter einer schwer. Mittags räumte die Gendarmarie mit gequälten Bajonetts die Straßen.

Erdbedenkatastrophe

Über 200 Menschen umgekommen

Wien, 11. Dez. „Tempo“ meldet aus Salena, daß durch ein Erdbeben sämtliche Häuser in der Umgebung von Tepeleni zerstört wurden. Die Stadt ist vollständig vom Erdboden verschwunden. Mehr als 200 Personen sind umgekommen. 150 Personen sind obdachlos. Die Erdberschütterungen dauern an.

Die Beamten, die Reichsregierung und der Reichstag

Ueber die Beamtenbewegung liegen folgende Nachrichten vor: Berlin, 11. Dez. Mit Rücksicht auf die in der nächsten Woche in Brüssel stattfindende Konferenz hat der Deutsche Beamtenbund beschlossen, im Augenblick von der Abstimmung Abstand zu nehmen. Er stellt sie zunächst zurück bis nach Beendigung der Brüsseler Konferenz bezw. bis nach den Feiertagen. Der dem Deutschen Beamtenbund angehörende Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten tritt diesem Beschlusse bei und glaubt, die in seinen Mitgliedsvereinen herrschende Erregung bis dahin zurükdämmen zu können.

Berlin, 11. Dez. (Tel.-Union.) Die Entschließung des Deutschen Beamtenbundes zu dem Beschluß des Reichstags hat folgenden Wortlaut: „Der Deutsche Beamtenbund stellt fest, daß weder Erlasse noch Verfügungen der gewerkschaftlich organisierten Beamtenschaft das verfassungsmäßige Recht nehmen können, ihre Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erlangen. Die im Deutschen Beamtenbund politische Lage des deutschen Volkes für so ernst, daß sie in pflichtmäßiger Wahrnehmung des ihr verfassungsmäßig obliegenden Dienstes im gegenwärtigen Augenblick nicht gewillt ist, von den letzten gewerkschaftlichen Mitteln Gebrauch zu machen. Der Deutsche Beamtenbund kann und will jedoch mit diesem Entschluß seine bisherigen Forderungen nicht preisgeben und fordert nach wie vor ausdrücklich eine unverzügliche Anpassung des Dienstkontingents der Beamten an die allgemeine Wirtschaftslage und jene Sicherung des Existenzminimums, die die Grundlage des Berufsbeamtentums gewährleistet.“

München, 11. Dez. (Fr. Z.) Das Befehlungssterrgesetz, durch das den Ländern unterjagt wird, ihren eigenen Beamten höhere Bezüge zu gewähren, als die Reichsbeamten beziehen, ist im Reichsrat mit allen gegen die Stimme Bayerns angenommen worden; auch im Reichstage kann die Annahme des Gesetzes als gesichert gelten. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags beschloß jedoch neuerdings einstimmig, gegen den Entwurf Widerspruch zu erheben, namentlich mit Rücksicht darauf, daß die aus Art. 10 Abs. 3 der Reichsverfassung gefolgerte Zuständigkeit des Reiches zum Anlaß solcher ins Einzelne gehenden Vorschriften erheblichen Bedenken begegne.

Berlin, 11. Dez. (Tel.-Union.) Das Berliner Kartell der christlichen Gewerkschaften hatte seine Mitglieder gestern Abend nach der Berliner Stadt alle zu einer großen Kundgebung zusammengerufen, in der Reichspostminister Giesberts über die Beschlüsse des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Essen Bericht erstatten sollte. Schon die Begrüßungsrede des Verammlungsleiters, des Generalsekretärs Beder, wurde von der Opposition mit lärmenden Zurufen unterbrochen. Eine Deputation, welche sich durch den roten Sowjetstern als Anhänger der kommunistischen Partei ausgab, erschien auf der Rednertribüne und verlangte von dem Minister, daß seine Rede nur bestimmte Zeit dauern sollte, da ein Korreferat der Opposition gehalten werde. Nach Ablehnung des Verlangens steigerte sich der Lärm von Minute zu Minute. Minister Giesberts konnte nicht zu Worte kommen, während auf der Tribüne ein Kommunist unter großem Beifall seiner Anhänger eine Rede hielt. Infolge des großen Tumults mußte die Versammlung nach 1/2 Stunden geschlossen werden.

Es ist nur zu wahr: die unteren Schichten des gewaltigen Beamtenheeres leben vielfach in Not, die teilweise auch die mittleren Beamten nicht verschont hat. Leider befinden sich aber das Reich, die Gliedstaaten und die Gemeinden in der gleichen traurigen Lage. Die Erfüllung der Forderungen der Beamten durch das Reich würde naturgemäß sofort auch Konsequenzen für die Gliedstaaten und für die Gemeinden haben. Um die Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen steht es aber sicherlich noch schlimmer als um die unbefristete Rostlage weiter Beamtentriebe. Die Beamten stellen Forderungen, deren Berechtigung in Einzelheiten strittig sein mag, die aber im allgemeinen begründet sind. Aber das Reich noch die Gliedstaaten oder die Gemeinden sind in der Lage, diese Forderungen weder restlos noch leider auch nur zum größeren Teile zu erfüllen. Würden sich Reichsregierung und Reichstag dazu drängen lassen, die Beamtenforderungen anzunehmen, wären u. E. in wenigen Wochen die Beamten um gar nichts gebessert, denn — die Annahme der Forderungen und der Versuch, sie in die Praxis umzusetzen, müßten in aller kürzester Frist die finanzielle Katastrophe bringen. Und das wäre weit schlimmer als die heutige Notlage.

Also — es geht einfach nicht und die Presse muß den Mut haben, das auch offen zu sagen. Weder stürmische Versammlungen noch erregte Kundgebungen, weder Drohungen noch der allerbeste Wille, den Beamten zu helfen, vermögen an der Tatsache der Unausführbarkeit etwas zu ändern. Wir gestehen auch ganz offen und ehrlich, daß wir sogar starke Zweifel daran hegen, ob es finanziell möglich sein würde, den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag auszuführen und vor allem aushalten zu können. Wo bei wir aus genauer Kenntnis der Sachlage heraus sagen können, daß es der sozialdemokratischen Fraktion natürlich nicht eingefallen ist, aus agitatorischen Gründen ihren Antrag zu stellen. Die Mehrheit der Fraktion glaubt eben, daß es schließlich, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, möglich sein werde, die Wirkung ihres Antrags finanziell noch zu ertragen. Daß die noch weitergehenden Anträge der Unabhängigen und Kommunisten überhaupt vom finanziellen Standpunkte aus un diskutierbar sind, braucht nicht nachgewiesen zu werden. Und

der deutsch-nationale Antrag ist schon um deswillen unannehmbar, weil er auch dort geben will, wo gar kein Bedürfnis dazu vorliegt. Wir glauben aber, daß die Reichsregierung und die Regierungsparteien wenigstens hätten versuchen sollen, den Weg des sozialdemokratischen Antrags zu betreten. Das ist leider nicht geschehen.

Gewiß, die Beamten wären weder durch den sozialdemokratischen Antrag noch durch eine teilweise Annahme zufriedengestellt gewesen. So erstrebens- und wünschenswert es auch ist, die Zufriedenheit der Beamten wie aller Notleidenden zu erlangen, entscheidend mußte sein, bis an die äußerste Grenze des Möglichen zu gehen, um den Beamten entgegenzukommen. Die Reichsregierung glaubt, diese Grenze sei erreicht; diesen Glauben mag man teilen oder nicht, wir sind der Auffassung, daß er ehrlich gehegt und gemeint ist. Es ist bei dem trostlosen Zustande unserer Finanzen und bei der tödlichen Ungewißheit der künftigen Gestaltung so ungemein schwer, die Grenze des Möglichen und Ertragbaren irgendwie zu ziehen. Und darum und in Anerkennung des sicherlich guten Willens der Reichsregierung, soweit wie sie glaubt es tun zu können, den Beamten entgegenzukommen, hat dann die überwältigende Mehrheit des Reichstags den Kompromißantrag des Hauptauschusses und der Regierung angenommen.

Nun braucht neue starke Entlastung durch die Massenheere der Beamten. Neben Stimmen der ruhigen Überlegung, die aus einem klaren Blick für die Finanzlage geboren sind, schrillen auch die Stimmen erneuter Drohung und des Aufrufs zum sofortigen Kampfe in die Öffentlichkeit hinaus. Wir hoffen im Interesse des deutschen Volkes und der Beamten, daß die ruhige Überlegung ausschlaggebend bleibt. Der Kampf, das wäre praktisch doch schließlich der Streit, würde unser ohnehin krankes Wirtschaftsleben in unübersehbarer Weise gefährden, die vorhandene Keuerung so rasend erneut in die Höhe treiben, daß die materielle Wirkung der gestellten Forderungen nicht nur schnell ausgeglichen, sondern weit überholt sein würde. Und zwischen der durch einen Beamtenstreik schwer aufs neue mitgenommenen Bevölkerung und den Beamten würde ein Verhältnis möglicherweise sich einstellen, das haben wie drüben den Verkehr zur Qual zu gestalten geeignet sein könnte. Aber nicht nur das. Wenn die Beamten den Kampf verlieren sollten was dann? Man höre einmal die in der Beamtenwelt kundigen ihre Befürchtungen ausdrücken, was eine Niederlage der Beamten in einem solchen Kampfe für sie selbst bedeuten würde.

Wir fürchten — und mit uns bessere Kenner der Situation der Beamten als wir es sind —, daß eine Niederlage die Beamten zurückwerfen könnte auf den Stand vor dem 9. November 1918. Und eine Niederlage der Beamten würde die gesamte Arbeiterbewegung schädigen, wie die Reaktion ganz außerordentlich fürchten. Eine Niederlage heißt vieldeutig aber auch, daß unter den nicht in festem Beamtenverhältnis stehenden Angestellten der großen Reichsbehörden viele nicht mehr in ihre alten Arbeits- oder Dienstverhältnisse zurückkehren würden. Wir fürchten es, hoffen es jedoch nicht. Und kein Mensch, der aufmerksam und ruhig die Sachlage zu prüfen versucht hat, wird abstreiten wollen, daß trotz aller Erregung und trotz des Wunsches, daß die Forderungen der Beamten völlig erfüllt werden, in einem Kampfe die Einmütigkeit der Beamten nicht vorhanden ist oder wahrscheinlich nicht lange gehalten werden könnte. Zudem in einer Anzahl von Beamtenverbänden die Beamten es leider zugelassen haben, daß kommunistische Elemente sich tummeln und austoben konnten, ist die Sache der Beamten nicht gebessert worden. Wir glauben sagen zu dürfen, daß man in den Leitungen der in Betracht kommenden Reichsbehörden einem Kampfe seiner wirtschaftlichen Wirkungen wegen zwar mit Sorge entgegen sieht, aber sonst den Ausgang eines Kampfes ganz anders beurteilt, als er von erhabenen Gemütern unter dem Einflusse harter Worte beurteilt wird. Und wir glauben auch weiter sagen zu können, ja sagen zu sollen, daß die Reichsregierung einem etwa ausbrechenden Kampfe mit aller Entschlossenheit begegnen wird. Wir haben, und zwar im Interesse der Allgemeinheit wie der Beamten, die Pflicht, das zu sagen. Könnten finanziell die Forderungen der Beamten erfüllt werden, würde der verbrecherisch handeln, der nur eine Stunde zögerte. Aber wer die Unmöglichkeit einseht, muß auch den Mut haben, wie er die Pflicht hat, das ablehnende „Nein“ auszusprechen. Das „Nein“ ist bitter für beide Teile. Darüber besteht für uns keinerlei Zweifel, daß in dem Augenblick, wo

irgendwie die finanzielle Möglichkeit sich eröffnet, den Beamten mehr und weiter entgegenzukommen, das rasch zu geschehen hat. Bis dahin hoffen wir, daß die Beamten wie alle Staatsangehörigen die Zwangslage des Reichs erkennen und sich nicht in einen Kampf hineinziehen lassen, dessen siegreicher Ausgang für sie nicht im geringsten gewährleistet ist. Die Beamtenenschaft hat wiederholt Beweise ruhiger und pflichtgemäßer Überlegung und Besonnenheit geliefert; ein neuer solcher Beweis wird unter den gegebenen Verhältnissen für uns alle von allergrößtem Werte sein.

Wie verstehen es, wenn sowohl in der Beamten- wie in der Arbeiterkategorie bei der Ablehnung von Forderungen der berechtigten Unruhe darüber ausbricht, daß gegen das Budget- und Schiebergesetz nicht mit der Strenge vorgegangen wird, wie es möglich und wünschenswert ist. Daß mit der Erhebung und Einziehung der Beiträge nicht das Tempo eingehalten worden ist, das unsere Finanzlage gebietet, erregt mit Recht täglich neues böses Blut. Hier muß der Reichsfinanzminister Dr. Wirth doch noch zeigen, daß er nicht nur den Mut zum Vorgehen, sondern auch die Kraft zum Durchgreifen hat. Unentzählich auf die Dauer ist für das Bewußtsein der Massen, daß die besitzenden Kreise nicht nur an allen heute zur Verfügung stehenden Lebensmitteln, sondern auch an den raffiniertesten Delikatessen sich erlaben können, während die Masse des Volkes vor den gefüllten Schanzen steht und mit dem vor Hunger knurrenden Magen dann wieder abzieht. Auf diesem Gebiete hat speziell die heutige bürokratische Regierung nichts geleistet im Sinne einer Besserung; lange wird die Volksmasse diesen Zustand nicht mehr geduldig ertragen. Wir müssen uns frei von jeder Neigung zu Drohungen, aber wir haben die verdamnte Pflicht zu ersten Maßnahmen. Diese Pflicht über uns, ohne uns um Tageskimmungen zu kümmern, nach jeder Seite hin, aber der Moment kann kommen, wo es die Pflicht gebietet, zum Kampfe zu blasen.

Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?

(Zur Antwort an den „Bad. Beobachter“.)

Durch die Zentrums Presse wird gegenwärtig folgende Notiz mit schmachdem Behagen abgedruckt:

„Auf die Frage: Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? hat der Unabhängige Menke in einer Versammlung in Chemnitz eine Antwort gegeben, die in Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Der sozialdemokratische Pastor Schöffler hatte in der Versammlung gesagt, er sei gläubiger Christ und überzeugter Sozialdemokrat. Dazu sagte Menke im Schlußwort: Herr Pastor, das geht nicht, entweder Sie sind ein gläubiger Christ, dann können Sie kein überzeugter Sozialdemokrat sein, oder aber Sie sind ein überzeugter Sozialdemokrat, dann (mit erhobener Stimme) können Sie kein Christ sein!“

Auch der „Bad. Beobachter“ hat dieser Lage die Notiz in einem Leitartikel gegen uns verwendet. Wir wollen ihm aber keine Schandenspende durch die Mitteilung stiften, daß Menkes engstirnige Ansicht von der Sozialdemokratie nicht geteilt, sondern abgelehrt wird. Die Schlussfolgerung Menkes ist falsch. Das bedarf gar keiner großen Beweisführung. Das Grundprinzip des Sozialismus, die Vereitelung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Schaffung von Verhältnissen, die allen, die Menschenanklage tragen, die Möglichkeit zu leben geben, steht mit der Grundanschauung des wahren Christentums in keinem Widerspruch.

Wer über die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur christlichen Lehre, wie sie deren Begründer verstanden hat, Aufschluß haben will, der lese nach, was Karl Kautsky in seiner Schrift „Sozialdemokratie und Kirche“ gesagt hat und was er erst ist mit der Unterzeichnung der Frage, ob sich Christentum und Sozialdemokratie vereinen lassen, der lese die Schriften des katholischen Geistlichen Gohoff und die des evangelischen Pfarrers Frike in Köln.

Es fällt uns stets schwer, diese Fragen im politischen Tageskampf behandeln zu müssen. Wir sind gewöhnt, getreu unserm Programm, uns nicht um die religiösen Anschauungen unserer Anhänger zu kümmern. Der Kampf den wir zu führen haben, ist in erster Linie ein politischer, dann ein wirtschaftlicher, kulturkampferischer. Tendenzen haben uns von jeder ferngelegten

Aber wir kennen uns ja schon länger. Der „Beobachter“ macht, wenn man so sagen darf, mit der Behauptung Menkes — Menkeses. Es hat dem Zentrum schon eine ganze Weile an dem notwendigen Agitationsstoff gegen die Sozialdemokratie gefehlt und mit den Käten des Zentrumministers Hermeles wie mit den Käten der übrigen Minister im Jagen. „Aufbauministerium“ ist nicht viel Staat zu machen. Es besteht die große Gefahr, daß aus den Arbeitnehmerschichten eine nicht geringe Abwanderung zur sozialdemokratischen Partei eintritt. In solcher Not, das können wir begreifen, kommt einem die Ansicht eines Kommunisten sehr zustatten. Daß ganz abgesehen von den grundlegenden Wirkungen, die Meinung eines einzelnen nicht maßgebend sein darf, zu einem Urteil über die Gesamtpartei ist für die Zentrumsozialisten in dem Augenblick, in denen es ihnen opportun erscheint, gleichgültig.

Monarchistische Antriebe in Württemberg

In dieser Zeit, wo die Masse des Volkes sich nach Brot und ruhiger Arbeitsmöglichkeit sehnt, geht das höchste Streben und die tiefste Sehnsucht gewisser Kreise immer noch auf die Wiederkehr der Monarchie, von der sie in blinder Vertrauensseligkeit die Wiederherstellung der „guten alten Zeit“ erwarten. Ein Karlsruder Eisenbahnbeamter berichtete uns gestern über Beobachtungen, die er letzter Tage auf der Orientstation Mühlacker machte. Ein Herr machte sich dort im Wartesaal des Bahnhofs an die Reisenden heran mit der Frage: „Sind Sie Württemberger?“ Wurde die Frage bejaht, so erhielt der Reisende folgenden Zettel zur Ausfüllung überreicht:

„Ich stimme mit dem im „Württembergischen Herald“ vertretenen Ansicht, daß die Rückkehr unseres Volkes zur Monarchie wünschenswert und für die geistliche Entwidlung unseres Landes und Volkes unerlässlich ist, überein. Vor- und Zunahme: Alter und Familienstand: Beruf: Religion.“

Es ist ein offenes Geheimnis, daß ebenso wie in Bayern auch in Württemberg die monarchistische Propaganda unter der Decke glimmt und die diversen in die Erde gestellten Monarchen sich Hoffnungen hingeben. Hat doch wie bekannt wird, der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern sich einen englischen Journalisten gegenüber sehr geheimnisvoll geäußert, daß zum mindesten in Bayern jeden Augenblick die Monarchie wieder proklamiert werden könne. Und auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei haben die gefinnungstüchtigen Herren, unbeschadet dessen, daß sie ihre Minister in der republikanischen Reichsregierung sitzen haben, aus ihren Hoffnungen auf die Wiederkehr der Monarchie gar keinen Gehörgemacht. Das deutsche Volk wird sich aber in seiner gewaltigen Mehrheit nicht irre machen lassen durch „Camelots de roi“, die ihren Schund für sich behalten sollen. Das Volk ist entschlossen, die Republik mit allen Mitteln zu verteidigen.

Monarchistische Antriebe und demokratische Unzuverlässigkeit

Allen Ablenkungen der demokratischen Presse zum Trotz erhalten sich Gerichte, wonach antichristlichen Männern der nationalliberalen deutschen Volkspartei und der deutschdemokratischen Partei Vereinigungsverhandlungen gepflogen wurden, die schon ziemlich weit gehen sind. Während führende demokratische Blätter noch von der Notwendigkeit reden, eine „republikanische Gemeinschaft“ zu schaffen, um alle zuverlässigen republikanischen Elemente zum Widerstand gegen monarchistische Antriebe zu sammeln, zeigt sich täglich mehr, daß große demokratische Ortsgruppen absolut unzuverlässig sind. Nun hat es auch ein demokratischer Vertreter in München ausbrüchlich abgelehnt, sich auf den Boden der Republik zu stellen, er erklärte die Frage, ob für die Republik oder die Monarchie einzutreten sei, müsse als Ermittlungsfrage behandelt werden, nicht als Prinzipienfrage.

Das ist in der demokratischen Partei möglich, die in hunderten von Auftrufen behauptet hat, daß sie auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe. Von Tag zu Tag

Richtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Gauß (Fortsetzung.)

In jener Nacht wurde in Stuttgart manche Träne von schönen Augen geweint, denn Männer und Jünglinge, was die Waffen führen konnte, zog mit dem Herzog in die Schlacht. Doch das Mäuschen des abziehenden Heeres überdachte die Klagen der Mädchen und Frauen, sie verhalten wie das Wimmern eines Kindes im Kampf der Elemente. Mariens Schmerz war kaum, aber groß, als sie den Galien unter die Türe herabgeschleuderte, wo die Knechte mit den Köpfen für ihn und den Vater hielten. Sie hatten still und einsam, nur mit ihrem Glid beschäftigt, die ersten Tage ihrer Ehe verlebt. Sie dachten wenig an die Zukunft, sie glaubten im Hafen zu sein, und indem sie nur sich selbst lebten, überhörten sie das Flüstern, die geheimnisvolle Unruhe, die einem nahenden Sturm vorangeht. Sie waren gewöhnt, den Vater ernst und düster zu sehen, es fiel ihnen nicht auf, wie sein Auge immer trüber, seine Stirne finsterner, seine Miene beinahe traurig wurden. Er sah ihr süßes Bild, er fühlte mit ihnen, er verarg, um sie nicht zu frühe aufzuführen, was ihm eine bange Ahnung oft genug sagte. Aber endlich nahte der entscheidende Schlag. Der Herzog von Württemberg war bis in die Mitte des Landes vorgezogen, und der Ruf zu den Waffen schreckte Georg aus den Armen seines geliebten Weibes.

Die Natur hatte ihr eine starke Seele und jene entscheidende Erhabenheit über jedes irdische Verhängnis gegeben, die nur in einer reinen Seele und in der mutigen Zurechtfindung auf einen höheren Weltstand bestehen kann. Sie wußte, was Georg der Ehre seines Namens und seinem Verhältnis zum Herzog schuldig sei, darum erwiderte sie jeden lauten Jammer und bradte ihrer schwächeren Natur nur jenes Opfer schmerzlicher Tränen, die dem Auge, das den Geliebten tausend Gefahren preisgegeben sieht, unwillkürlich entströmen.

„Siehe, ich kann nicht glauben, daß du auf immer von mir gehst“, sagte sie, indem sie ihre schönen Züge zu einem lächelnden Wang; „wir haben jetzt erst zu leben begonnen, der Himmel kann nicht wollen, daß wir schon aufhören sollen. Drum kann ich dich ruhig gehen lassen, ich weiß ja gubertäglich, daß du mir wiederkommst.“

Georg küßte die schönen, weinenden Augen, die ihn so mild und voll Trost anblickten. Er dachte in diesem Augenblicke nicht an die Gefahr, der er entgegengehe, er dachte nur daran,

wie groß für das leure Wesen, das er in den Armen hielt, der Schmerz sein müßte, wenn er nicht mehr zurückkehre; wie sie dann ein langes Leben einsam nur in der Erinnerung an die wenigen Tage des Glückes fortleben könnte. Er preßte sie fester in die Arme, als wolle er dadurch diese schwarzen Gedanken vertreiben, seine Hände tauchten tief in ihre Augen herab, um dort Vergessenheit zu suchen, und es gelang ihm; wenigstens trug er ein schönes Bild der Hoffnung und der Zuredung mit sich hinweg.

Die Witter stießen vor dem Tor gegen Kainstatt zu dem Herzog. Es war dunkle Nacht, das erste Viertel des Mondes und das Meer der Sterne warfen einen matten Schein herab; Georg glaubte zu bemerken, daß der Herzog finstern und in sich gekehrt sei; denn seine Augen waren niedergeschlagen, seine Stirne kraus, und er ritt stumm seinen Weg weiter, nachdem er sie flüchtig mit der Hand gerührt hatte.

Ein nächstlicher Marsch hat immer etwas Geheimnisvolles, Bedeutsames an sich. Die Sonne, hellere Gegenben, der Anblick vieler Kameraden, der Wechsel der Ausfahrten laden bei Tag den Soldaten zum Gespräch, wohl auch zum Gesang. Weil die Einbrüche von außen stärker sind, denkt man weniger nach über das Ziel des Marsches, über das Ungewisse des Krieges, über die Zukunft, die niemand dunkler verhängt ist als dem Kriegsmann im Felde. Ganz anders auf dem Marsch in der Nacht. Man hört nur das Gedröhn des Zuges, den taktartigen Fußschlag der Masse, ihr Schnauben, das Klirren der Waffen, und die Seele, die durch das Auge keine Bilder mehr empfängt, wird durch dieses eintönige Gemurmel erheitert; Schmerz und Gelächter sind verbannt, das laute Gespräch stinkt zum Geflüster herab, und auch dieses gilt nicht mehr gleichgültigen Gegenständen, sondern der Entscheidung, welcher man entgegengeht.

So war auch der Zug in jener Nacht ernst und von keinem Laut der Freude unterbrochen. Georg ritt neben dem alten Herrn von Richtenstein und warf ihm und da ängstliche Blicke auf diesen, denn er hing wie von Kummer gebückt im Sattel und schien ernster als je zu sein. Er hätte beinahe ohne Leben und Bewußtsein, wenn nicht hin und wieder ein Seufzer aus seiner Brust herausgestiegen wäre, und seine glänzenden Augen nach den Wäldern geistart hätten, die um die bleiche Sichel des Mondes zogen.

„Macht Ihr, es werde morgen zum Gefecht kommen, Vater?“ flüsterte Georg nach einer Weile.

„Zum Gefecht? Zur Schlacht.“

„Wie? Ihr glaubt also, das Bundesheer sei so stark, daß

es uns jetzt schon werde die Spitze bieten können? Es ist nicht möglich, Herzog Wilhelm müßte flüchtigen, wenn er seine Bayern herabgeführt hätte, und Fronsbürg ist in seinen Entschlüssen bedächtig. Ich glaube nicht, daß sie viel über sechs- tausend stark sind.“

„Zwanzigtausend“, antwortete der Alte mit dumpfer Stimme.

„Bei Gott, das hab' ich nicht gedacht“, entgegnete der junge Mann mit Stauern. „Freilich, da werden sie uns hart zusehen. Doch wir haben geübtes Volk, und des Herzogs Augen sind schärfer als irgend eines im Bundesheer, selbst als Fronsbürge. Glaub' Ihr nicht auch, daß wir sie schlagen werden?“

„Nein.“

„Nun, ich gehe die Hoffnung nicht auf. Ein großer Vorteil für uns liegt schon darin, daß wir für das Land fechten, die Wäldchen aber dagegen; das macht unseren Truppen Mut; die Württemberger kämpfen für ihr Vaterland.“

„Gerade darauf traue ich nicht“, sprach Richtenstein; „ja, wenn der Herzog sich anders hätte huldigen lassen, so aber — hat er das Landvolk nicht für sich; sie streiten, weil sie müssen, und ich fürchte, sie halten nicht lange aus.“

„Das wäre freilich schlimm“, erwiderte Georg; „doch die Schwaben sind ein biederes, ehrliches Volk, sie werden den Herzog nicht in der Not verlassen. Wo glaubt Ihr, daß wir dem Feind begegnen? Wo werden wir uns stellen?“

„Zwischen Ehlingen und Kainstatt, bei Unterürkheim haben die Landsknechte einige Schanzen aufgeworfen und stehen dort zu dreißigtausend Mann; wir werden uns noch in der Nacht an sie anschließen.“

Der Alte schwieg, und sie ritten wieder eine geraume Zeit stille nebeneinander hin. „Höre, Georg!“ hub er nach einer Weile an; „ich habe schon oft dem Tode Auge in Auge gesehen und bin alt genug, mich nicht vor ihm zu fürchten; es kann jedem etwas Menschliches begegnen — tröste dann mein liebes Kind, Marie.“

„Vater!“ rief Georg und reichte ihm die Hand hinüber; „denket nicht solches! Ihr werdet noch lange und glücklich mit uns leben.“

„Vielleicht“, entgegnete der alte Mann mit fester Stimme, „vielleicht auch nicht. Es wäre töricht von mir, dich aufzufordern, du sollst dich im Gefecht schonen. Du würdest es doch nicht tun. Doch bitte ich, denk' an dein junges Weib und begib dich nicht blindlings und unüberlegt in Gefahr. Verwäh' mir dies.“

(Fortsetzung folgt.)

zeigt sich mehr, daß nur noch die Arbeiterpartei als zuverlässiger Hort der Republik anzusehen sind, denn auch ein Vertreter des Zentrums durfte dieser Lage unvordringlich im Reichsausschuß des preussischen Landtags erklären, daß das Zentrum keine grundsätzliche republikanische Partei sei.

Alle republikanisch Gesinnten wissen jetzt, was auf dem Spiele steht und daß es gilt, alle Kräfte zusammen zu fassen, um die monarchistischen Umtriebe zu schänden zu machen! Die bürgerlichen Parteien planen jetzt auch noch, den 18. Januar, den Gründungsstag des deutschen Kaiserturns, zu einem Nationaliertag machen zu lassen. Das Kaiserturn wurde bekanntlich nicht vom Volke, sondern von den Fürsten in Versailles 1871 „gemacht“, denselben Fürsten, denen wir auch das Verfallsjahr von 1919 verdanken. Es fehlte gerade noch, daß wir diesen Tag, der die erste Grundlage zu unserem entsetzlichen Elend wurde, auch noch feiern sollen!

Infamie

Die Kinder sind in Not. Der Hunger stiert aus ihren Augen. Die Folgen jahrelanger Nahrungsmittelknappheit sind den Kindern des Reichs zu sehen. In jeder Straße, in jeder Wohnung, in jeder Familie ist ein Kind, das Hungerstarr ist, das nicht mehr spielen kann, das nicht mehr lernen will, das nicht mehr leben möchte. Die Kinder sind in Not. Der Hunger stiert aus ihren Augen. Die Folgen jahrelanger Nahrungsmittelknappheit sind den Kindern des Reichs zu sehen. In jeder Straße, in jeder Wohnung, in jeder Familie ist ein Kind, das Hungerstarr ist, das nicht mehr spielen kann, das nicht mehr lernen will, das nicht mehr leben möchte.

Das dritte vermählte Ehepaar, das in Berlin auftritt, ist ein Paar, das in der Provinz lebte. Die Frau ist eine „national“ geführte Frau Christine Kollmer.

Was das schreibt? — der „besseren“ Öffentlichkeit und dem Auslandes beibringt? Wir wollen der Mittel den Namen nicht verschweigen — es ist eine „national“ geführte Frau Christine Kollmer.

Was das aufnimmt? Es ist die in Berlin erscheinende Tageszeitung vom 14. November.

Was die Tageszeitung in sich hat? Sie ist — wie sie sich selbst bezeichnet — eine Zeitung für „nationalen“ Politik und für die „Gebildeten“ aller Stände; sie ist die Zeitung des Reichstagsabgeordneten Heinrich Rippler von der deutschen Volkspartei.

Die Frage der Mehleinfuhr

Der R. P. W. wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Deermann, hat kürzlich eine Anfrage eingebracht, in der er mitteilt, daß auf dem rheinischen Handelsvertrag in Köln von Vertretern der Trierer Bäckereimittelvereinigung festgestellt worden sei, daß diese in der ersten Hälfte des Jahres 1920 einen amerikanischen Weizenmehl zu dem bisher nicht erreichten billigen Preise von 2,50 das Pfund frei Triere gekauft habe. Dennoch habe die Reichsgetreidebehörde die Einfuhr verboten, und ein Weizenmehl Großkaufmann habe das Mehl zu 2,50 Franken abgenommen und es sei zu 3 Franken an einen Kolonialhändler abgesetzt worden. Dieser wiederum habe dem das Mehl zu 2,50 Franken mit nahezu 100 Prozent Aufschlag an die Reichsgetreidebehörde verkauft, so daß das deutsche Volk dieses Mehl endlich für nahezu das Dreifache des Trierepreises erhalten habe.

Auf diese Anfrage wird jetzt von der Regierung die Antwort erteilt, daß die darin aufgestellten Behauptungen den Tatsachen nicht entsprechen. Der Einfuhrverbot für Getreide und Futtermittel sind zwar aus Triere Angebote gemacht worden, wobei aber der niedrige Preis 2,15 Franken für 1 Kilogramm Mehl, Antwerpen, frei Rhein, ein schließlich der Kosten betrug. Hiernach wäre es möglich gewesen, das Mehl in Triere zu 4,20 ohne jeden Aufschlag zu verkaufen. Das Angebot mußte abgelehnt werden da die Einfuhrgetreidebehörde zu gleicher Zeit um etwa 30 Centimes das Mehl billiger kaufte. Die Lieferungsverhältnisse zu diesem Preise verliefen jedoch ergebnislos. Daß die Reichsgetreidebehörde früher das Mehl zu einem um 100 Prozent höheren Preise gekauft habe, ist eine haltlose Behauptung.

Die Frage des Abgeordneten, ob die Regierung durch seine Mitteilung sich nicht veranlaßt fühle, günstigen Mehleinfaufen der Bäckereimittelvereinigung und Konsumgenossenschaft grundsätzlich die Einfuhr zu bewilligen, wird damit beantwortet, daß die der genutztesten Einfuhr festgehalten werden muß, da die Einkäufe auf diese Weise zu den vorteilhaftesten Bedingungen und unter der geringsten Schädigung der deutschen Erzeugnisse erfolgen können.

Im Konzert

Von Franz Joseph Oss, Karlsruhe

Wenn wir im Begriffe sind, aus einer Seitenstraße in die Kaiserstraße einzubringen und es schlägt uns schon um die Ecke herum eine Wolke von „Cau de mille fleurs“ entgegen, so wissen wir, daß uns da

entweder: eine „Dame“ entgegenkommt, der wir wohl ein Augenblickchen mit verträglichem Schmunzeln nachsehen, in deren Gesellschaft wir aber doch nicht immer und unter allen Umständen gesehen werden möchten;

oder: daß uns eine Dame entgegenkommt, der diese „Heinheitswolle“ ein möglichst großes Ausmaßgeschick erleben soll, daß ihr Gatte, früher „Klosterbier hell und dunkel“ heißt: „G.“ und Import von Lebensmitteln ein „groß“, gut „verdiert“ hat;

oder endlich — was es auch geben soll —: daß uns eine jener Damen entgegenkommt, die ihre gähnende innere Hohlheit mit einem äußeren Dunstkreis umkleiden und ihre „Vornehmheit“ aus dem Parfümerie- und Seidenkrautpflanzen beziehen.

Auf der Straße, wie gesagt, wo man seiner Nase mit dem Lohentuch zu Hilfe kommen kann, läßt man sich solche Angriffe auf seinen ästhetischen Menschen noch gefallen. Im Theater, Konzertsaal aber, werden sie zu einer Lohentuch gegen den heiligen Geist der Kunst.

Ein kleiner intimer Saal. Seine schlichte, nur durch die fein abgemessenen Farben gehobene Vornehmheit weckt erwartungsvolle Stimmung.

Wie mit weichen Wachs schließen sich die Sinne gegen die Außenwelt ab.

Meine Seele ist daheim und bereitet sich zitternd zum — in dieser geschäftigen Welt auch so seltenen — Erleben. Das leise Stimmengewirr ist verstummt. Schärfer und süß liegen die Schauer des Riesennamens Beethoven über den Menschen.

Woh und leise schließt das Adagio seine Liebeslage, ringt sich entsagend los, erstarrt, und rankt die blühenden, roten, roten Zweige der Brimstone um das Gitterwerk der Bratsche und die grünen, trägen Säulenschäfte des Cellos. In mir jubelt und weint und jubelt wieder.

Reichswirtschaftsrat Ausdrücke über unsere Ernährung

Berlin, 11. Dez.

Am Regierungstag: Reichswirtschaftsminister Scholz, Staatssekretär Dr. Müller betonte über die Beschlüsse des Unter Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Der Ausschuss hält die Freigabe der Zuckerverwirtschaftung für geboten. Eigentlich habe sich die Zwangsverwirtschaftung selber aufgehoben. Unsere Brotversorgung erscheine gefährdet. Die Ernährung sei ein Problem von weittragender politischer Bedeutung geworden.

Abg. Kaebele erklärte: Ueber die Ernährungsschwierigkeiten kommen wir nur hinweg durch günstigere Produktionsbedingungen. Der Landwirt müsse einen bestimmten Teil der Produktion für die Ernährung seines Viehs behalten. Er wolle aus der Zwangsverwirtschaftung heraus. Die Landwirte seien ihrer Ablieferungsfrist durchaus nachgekommen. Die Preise müßten den gesteigerten Produktionskosten angepaßt werden. Wenn der Viehbestand nicht aufrechterhalten werde, gehe die Landwirtschaft zugrunde. Das beste Mittel gegen den Mangel sei die Erhöhung der Produktion.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes: Die Arbeiten des Ausschusses haben wertvolles Material geliefert. In dem Ausbau der Zwangsverwirtschaftung ist jetzt eine notwendige Pause eingetreten. Bei Getreide, Milch und Zucker kann keine weitere Forderung erfolgen. In einer katastrophalen Verteilung der Brotgetreidelage liegt keine Veranlassung vor. Sie ist nicht unangenehmer als im Vorjahre. Für eine Steigerung der Ablieferung wird gesorgt. Der Absatz an Getreide ist in den letzten Wochen gestiegen. Wir wollen vor allem dem mittleren Landwirt die Verwendung künstlicher Düngemittel erleichtern. Die Landwirte sollten alles tun, um uns in dem Kampfe gegen unlaetere Elemente auf allen Gebieten zu unterstützen.

Präsident der Reichsgetreidebehörde Kleinert: Die Getreidebehörde ist hinter den Erwartungen weit zurückgeblieben. Die Milderung ist schwächer geworden. Gegen böswillige Zurückhaltung sollte mit strengen Mitteln eingeschritten werden. Uns kann der Ueberfluß der Exportländer wenig helfen, wenn wir keine Zahlungsmittel für die Einfuhr haben.

Stinnes: Die Regierung sollte sich ausschließlich auf Maßnahmen beschränken, die praktisch wirksam sind. Das müßte noch vor Weihnachten geschehen. Die Millionen oder Milliarden zur Verbilligung der Düngemittel sind das billigste Mittel zur Hebung der nächsten Ernte. Wir müssen die Zahlungsmittel der Welt haben. Die jetzige Lebenshaltung kann die Bevölkerung nicht länger ernähren. In den feindlichen Ländern erkennt man immer mehr, daß man die 800 Millionen Mittel-europäer nicht verhungern lassen kann.

Bachlein (Konsumverein): Die Kommunalverbände, die ihre Ablieferungsfrist nicht erfüllen, müssen an den Pranger gestellt werden.

Thomas (Arbeitgeber): Die rheinische Bauernschaft hat ihre Pflicht nicht getan. Sie hat sich „gesund“ gemacht. Die Verteilung wurde hier abgebrochen.

Nächste Sitzung: Montag 3 Uhr Anfragen, Fortsetzung der Ernährungsaussprache, Interpellation Bernhard.

Badische Politik

Regierung und Landmüllerkreis

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß das Ministerium des Innern in Verhandlungen mit der badischen Müllervereinigung ausgeht, bei der die Reichsbehörden für eine Erleichterung der Kontrollvorschriften einzutreten, sobald das Getreideablieferungsloos erreicht und damit die Gefahr beseitigt ist, daß wesentliche Mengen Getreide in den Schleißhandel übergehen. Nachdem nun die Müllervereinigung von Müll- und Unterabgaben befreit haben, in den Streit einzutreten, erhalten, soweit es erforderlich ist, die Landwirte von den Kommunalverbänden ihre Getreide gegen Mehl und Getreide umzutauschen, so daß sie kaum in Schwierigkeiten geraten können. Weiterhin hat das Ministerium angeordnet, daß die Kommunalverbände in bezug auf Müllverfüllung verpflichtet sind, geschlossene Mülltonnen auf eigene Rechnung zu betreiben zu nehmen. Die Müllarbeiter sind bereit, im Dienst der Kommunalverbände die Mülltonnen in Betrieb zu halten und auch die „Technische Aufsicht“ hat zugestimmt, Hilfe zu leisten. In der Regel wird weiter betont, es liegt kein Grund vor, sich durch den Müllerkreis beunruhigen zu lassen.

Die Polizeikontrolle in der Elbenernacht ist allgemein auf 1 Uhr festgesetzt worden.

Gegen den Warenaustausch an der Grenze wenden sich die Abgeordneten Stefan Goldermann (Dem.) und Kieselich (Soz.) in einer kleinen Anfrage an die Regierung. Sie fragen

an, was die Regierung zu tun gedenke gegen den Anstau durch Schweizer Käufer unter Ausnutzung der Valutaverhältnisse, und wie sie den Bedarf der einheimischen Bevölkerung namentlich in den Wochen vor Weihnachten sicher stellen will.

Dem Vorschlag des Finanzministeriums entnehmen wir folgende Zahlen: An Einnahmen für landwirtschaftliche Grundstücke sind 7542 000 M. verzeichnet, denen 1975 000 M. Ausgaben hierfür gegenüberstehen. Die Staatsbrauerei Rothaus verzeichnet an Einnahmen 1 000 080 M. und an Ausgaben 1 055 700. Die Einnahme an Holz ist auf 95 000 000 M. veranschlagt. An Ueberweisung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer des Reiches sind 261 581 700 M. verzeichnet gegenüber 188 500 M. im Hauptvoranschlag; an Ueberweisung aus der Grunderwerbsteuer des Reiches 8 500 000 M. gegen 8 088 500 M. im Hauptvoranschlag, an Ueberweisung aus der Reichserbschaftsteuer 1 000 000 M. gegen 2 887 100 M. im Hauptvoranschlag. Der Anteil Preussens am Ertrag der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie erhöht sich — infolge größeren Losabsatzes — um 220 000 M. Weiter wird im Voranschlag noch mitgeteilt, daß die aus der badischen Staatskasse vorläufig bezahlten Familienunterstützungen von rund 288 000 000 M. bis zum 1. April 1920 bis auf den Betrag von rund 127 860 000 M. vom Reich zurückgefordert sind.

Zur Milchschuldenfrage. Als Beisitte an mehrere oberbayerische Gemeinden, die infolge des Milchbezugs aus der Schweiz große Valutaverbindlichkeiten haben, sind im Voranschlag 800 000 M. eingelegt. In der Begründung heißt es hierzu:

Mehrere badische Gemeinden haben während des Krieges und nachher mit Zustimmung der Regierung Milch aus der Schweiz bezogen. Die sofortige Abzahlung des Kaufpreises war während des Krieges nicht zulässig, sobald die Gemeinden nunmehr unter den ungünstigen Valutaverhältnissen zahlen sollen. Um ihnen die allzu hohe Zahlung wenigstens der rückständigen Zinsen zu ermöglichen, führt der Staat eine größere Menge Holz aus und will den Valutagewinn (nicht auch den Inlandspreis) den fraglichen Gemeinden überweisen. Wie hoch die Summe sein wird, steht nicht fest, man rechnet schätzungsweise mit einem Betrag von 80 000 Franken. Der landständische Ausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 8. Oktober 1920 mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt, wenn gewisse, näherbezeichnete Bedingungen eingehalten werden.

Ueber die Volkswehr spricht sich der Staatsvoranschlag in einer längeren Bemerkung wie folgt aus:

Der Ausbau der Volkswehr in Baden wurde in jeder Weise betrieben und es bestand Aussicht, daß nach Ueberwindung des Winters, während dessen der Abbau besonders schwierig war, die für die entlassenen Volkswehrleute längere Erwerbslosigkeit fast sicher stand die Volkswehren mit Beginn des Frühjahrs 1920 vollständig aufgelöst sein konnten. Die Entlassung der Wehr der noch vorhandenen Volkswehren fand im März 1920 unmittelbar bevor, als infolge der damaligen politischen Vorgänge (Kapp-Putsch) von der sofortigen Durchführung der Entlassung abgesehen werden mußte. Durch die Verzögerung der Entlassungen, die im Juni 1920 zum völligen Abschluß kamen, ist ein Aufwand von 1 500 000 M. entstanden. Die Volkswehren haben in sehr großem Umfang und mit gutem Erfolg die Bewachung von Gebäuden und Gütern des Reiches, von Gemeinden und Kommunalverbänden und Verkehrsvereinigungen und die Erfassung von Heeresgut besorgt. Es wurde dabei davon ausgegangen, daß hierfür seitens der Eigentümer der bewachten Güter ein Entsprechendes Entgelt bezahlt werde, dessen Höhe allerdings unter den besonderen Umständen, unter denen das Bedürfnis der Bewachung herortrat, nicht zunächst berückzählt werden konnte. Dieses Entgelt wird nicht in der erwarteten Weise geleistet; das Reich zahlt für Mann und Tag nur 8,70 M., während die Wohnung eines Volkswehrmanne 10—15 M. betragt, und auch bei den übrigen Zahlungspflichtigen entstehen bedeutende Ausfälle. Es muß damit gerechnet werden, daß noch für die vollständige Abwicklung der Geschäfte ein Betrag von 500 000 M. benötigt wird; schon nach den jetzt vorliegenden Rechnungsergebnissen muß neben den bisher genannten Beträgen mit einem Mehraufwand gegenüber den zur Verfügung stehenden Mitteln von 1 100 000 M. gerechnet werden. In den genannten Summen ist auch der Aufwand enthalten, der durch die Entschädigung solcher Volkswehrleute entfällt, die im Dienst Unfälle erlitten haben. Es ist beabsichtigt, die Geschädigten nach den Grundsätzen des Reichsversorgungsgesetzes zu behandeln.

Kerze und Umfassungsteuer. Ueber die Umfassungsteuer der Kerze hat das Badische Landesfinanzamt der Kerzlerkommission folgende Mitteilung: Die Kerze sind nicht berechtigt, die Umfassungsteuer gesondert, d. h. neben dem eigentlichen Honorar, in Rechnung zu stellen. Sie müssen die Steuer in das Honorar einrechnen, sobald die Umfassungsteuer nicht als besonderer Posten der ärztlichen Rechnung erscheint.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Vertriebsbuchhandlung zu beziehen.)

Das Weimar der arbeitenden Jugend. 104 Seiten Text, 8 Seiten Bilder nach photographischen Aufnahmen auf Kunstdruckpapier. Der Textteil schmückt mit jugendfrischen Zeichnungen, der Umschlag, zweifarbig gedruckt, ein besonderes Zeugnis einer eigenartigen Jugendkunst. Das Buch schmückt lebendig und frisch den ersten Reichsjugendtag der Arbeiterjugend in Weimar. (28. bis 30. August 1920.) Zu beziehen durch den Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend-Bereine Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 8, und durch alle Buchhandlungen. Preis 10 M. inkl. Verpackung und Porto; Augenbroschüre erhalten (Bestellung beim Hauptvorstand) Rahatt. Das Weimar-Buch ist in diesem Jahre das Weihnachtsbuch der Arbeiterjugend.

Im Konzert

Von Franz Joseph Oss, Karlsruhe

Wenn wir im Begriffe sind, aus einer Seitenstraße in die Kaiserstraße einzubringen und es schlägt uns schon um die Ecke herum eine Wolke von „Cau de mille fleurs“ entgegen, so wissen wir, daß uns da

entweder: eine „Dame“ entgegenkommt, der wir wohl ein Augenblickchen mit verträglichem Schmunzeln nachsehen, in deren Gesellschaft wir aber doch nicht immer und unter allen Umständen gesehen werden möchten;

oder: daß uns eine Dame entgegenkommt, der diese „Heinheitswolle“ ein möglichst großes Ausmaßgeschick erleben soll, daß ihr Gatte, früher „Klosterbier hell und dunkel“ heißt: „G.“ und Import von Lebensmitteln ein „groß“, gut „verdiert“ hat;

oder endlich — was es auch geben soll —: daß uns eine jener Damen entgegenkommt, die ihre gähnende innere Hohlheit mit einem äußeren Dunstkreis umkleiden und ihre „Vornehmheit“ aus dem Parfümerie- und Seidenkrautpflanzen beziehen.

Auf der Straße, wie gesagt, wo man seiner Nase mit dem Lohentuch zu Hilfe kommen kann, läßt man sich solche Angriffe auf seinen ästhetischen Menschen noch gefallen. Im Theater, Konzertsaal aber, werden sie zu einer Lohentuch gegen den heiligen Geist der Kunst.

Ein kleiner intimer Saal. Seine schlichte, nur durch die fein abgemessenen Farben gehobene Vornehmheit weckt erwartungsvolle Stimmung.

Wie mit weichen Wachs schließen sich die Sinne gegen die Außenwelt ab. Meine Seele ist daheim und bereitet sich zitternd zum — in dieser geschäftigen Welt auch so seltenen — Erleben. Das leise Stimmengewirr ist verstummt. Schärfer und süß liegen die Schauer des Riesennamens Beethoven über den Menschen. Woh und leise schließt das Adagio seine Liebeslage, ringt sich entsagend los, erstarrt, und rankt die blühenden, roten, roten Zweige der Brimstone um das Gitterwerk der Bratsche und die grünen, trägen Säulenschäfte des Cellos. In mir jubelt und weint und jubelt wieder.

Der badische Städtetag zur Wohnabgabe

Im Anschluß an die Berichterstattung über den Verlauf des bad. Städtetages am 4. Dezember 1920 in Tübingen geben wir die Leitfäden im Nachhinein bekannt, die über die Erhebung einer Wohnabgabe vom Städtetag aufgestellt worden sind.

1. Die Wohnungsnot besteht. Sie erschüttert die Grundlage der Familie und gefährdet den Bestand der Gemeinde und des Staates.

2. Das auf die Dauer einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot ist der Bau neuer Wohnungen.

Der Neubautätigkeit im Wege der spekulativen privaten Initiative ist durch die Geldentwertung einerseits und durch die beherrschende Niederhaltung der Mieten andererseits z. B. der Boden entgegen.

Eine Rückkehr zur ungehemmten freien Mietzinstilbung ist aus sozialen und wirtschaftspolitischen Gründen insoweit zu verhindern, als die anormalen Mietverhältnisse anzulassen.

3. Die Förderung des Wohnungsbaus ist deshalb Aufgabe der Allgemeinheit geworden.

4. Zur Deckung der bisherigen und zukünftigen Aufwendungen in der Form der Sicherstellung der Zinsen und Tilgungsquoten ist mangels anderer Mittel die Gesamtheit aller Wohnenden und am Wohnen interessierten verpflichtet.

5. Die Höhe der Beitragspflicht des Einzelnen ist zu bemessen nach dem Wert der von ihm beanspruchten Wohnung unter billiger Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte.

6. Den einzelnen Gemeinden ist ein bestimmter Anteil der Wohnabgabe vorweg zu belassen. Der staatliche Anteil ist an die Gemeinden unter Berücksichtigung des Wohnungsbedarfes und der Arbeitslosigkeit zu verteilen.

7. Da offenbar die Reichsregelung noch länger auf sich warten läßt, so erwartet der Städtetag von der bad. Regierung, daß sie zur sofortigen Ermöglichung der Inangriffnahme der Neubauten dem Landtag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorlegt, der die Gemeinden verpflichtet, die Erhebung einer solchen Abgabe anzuordnen.

Die Annahme erfolgte einstimmig, mit Ausnahme der Riffer 6. Hier war eine kleine Minderheit (6 Stimmen) nicht damit einverstanden, daß die Gemeinden nur einen bestimmten Teil der Abgabe erhalten sollen, vielmehr wurde von der Minderheit verlangt, daß die Abgabe in ihrem Gesamtbetrag den Gemeinden verbleiben soll.

Die Leitfäden über das Referat der Steuergesetzgebung wurden gleichfalls einstimmig angenommen. Das eingehende Referat mit den Leitfäden wird allen in Betracht kommenden Instanzen übermittelt werden. Der Schwerpunkt des Referates liegt in den Ausführungen über die Verteilung des Anteils an der Reichseinkommensteuer zwischen Land und Gemeinden. Hier muß ein gerechter Ausgleich gefunden werden, damit die Gemeinden lebensfähig bleiben können. Die Leitfäden sollen die Richtlinien hierfür geben.

Zu der Sacheänderung ist als wesentlich hervorzuheben die Bildung eines erweiterten Ausschusses — als Mitglied zwischen Vorstand und Städtetag — zur Beratung wichtiger Angelegenheiten. Dem erweiterten Ausschuss sollen neben den Mitgliedern des Vorstandes je 3-5 Mitglieder des Stadtrates der einzelnen Mitgliedsstädte angehören. Der erweiterte Ausschuss wird hiernach aus 36 Mitgliedern bestehen. Ist hierdurch schon der Verband auf eine breitere Grundlage gestellt, so soll das gleiche Ziel auch dadurch erreicht werden, daß der Städteverband die Rechtsfähigkeit erwirbt.

Gewerkschaftliches

Der Afa-Bund zum Streikrecht in lebenswichtigen Betrieben

Aus Anlaß der Vorgänge beim Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik vertritt der Vorstand des Afa-Bundes folgende Stellungnahme:

Der Vorstand des Afa-Bundes wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Mosauer Drahtziehern unternommenen Versuche, die Angestellten und Arbeiter lebenswichtiger Betriebe in wilde Streiks zu treiben und so chaotische Zustände herbeizuführen. Angesichts dieser Putschgefahr ist von uns und damit motivierten scharfmacherischen Gegenmaßnahmen der Reaktion werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer aufgefordert, auf dem Wege der Selbsthilfe durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen Entschlüsse zu fassen, deren Zustimmung für die Einleitung von Streiks in lebenswichtigen Betrieben vorher eingeholt werden muß.

Hierbei lehnt der Afa-Bund jede Einschränkung des Streikrechts ab und protestiert gegen die Verordnung des Reichspräsidenten anlässlich des Elektrizitätsarbeiterstreiks. Sie stellt uns eine Wiederbelebung des von allen Gewerkschaften abgelehnten Entwurfes der Schlichtungsordnung dar. Ebenso wird die technische Nothilfe nach wie vor als eine behördlich sanktionierte Organisation des Streikbruchs abgelehnt.

Die Grundzüge der Menschlichkeit und der Arbeitnehmersolidarität gebieten es aber, daß die Verletzung eines Betriebes, dessen Stilllegung das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben aufs empfindlichste berührt, ihre Entscheidung in der voranschreitenden Weise und unter unmittelbarer Mitwirkung einer Körperschaft trifft, die als Vertretung der Gesamtheit aller Arbeitenden angesprochen werden kann.

Soziale Rundschau

Die Volksfürsorge als Retter in der Not

Genosse E. S. schreibt uns: Ein Retter in der Not war die Volksfürsorge für mich. Darum, Partei, Gewerkschaftsvereine und Genossinnen, möchte ich jedem den Beitrag zur Volksfürsorge empfehlen. Vielen wird es ergehen wie uns, daß sie trotz Entleeren und Sparens nicht soviel erübrigen können, um bei Todesfällen mit den dabei verbundenen schweren Ausgaben etwas auf der Hand zu haben. Es gibt deshalb nichts Praktischeres, als sich in die Volksfürsorge aufnehmen zu lassen, denn die Prämienbeiträge bringt man immer auf. Lange stingen wir mit dem Gedanken ein, uns in der Volksfürsorge für Lebensversicherung aufnehmen zu lassen. Am 1. Juli 1920 raten wir ein, und am 4. September 1920 traf meinen unerbittlichen Mann ein Unglücksfall, der sein so junges Leben forderte. Jetzt nach dreimonatlicher Ratengahlung im Gesamtbetrag von 21 M bekam ich den Betrag von 1589 M von der Versicherung ausgezahlt. Wer weiß, ob eine bürgerliche Versicherungsgesellschaft nicht ein wenig oder aber gefunden hätte in Anbetracht der so kurzen Prämienzahlung, und mir die Summe so ohne weiteres ausgezahlt worden wäre! Daß die Volksfürsorge behaglich anstandslos den Betrag aus. Ich kann somit nur jedem empfehlen, in die Volksfürsorge einzutreten, wenn die Hinterbliebenen erhalten Hilfe in der Not.

Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes

Auch in der Berichtswoche vom 2.-8. Dezember 1920 hat die Zahl der Erwerbslosen wieder um rund 150 zugenommen, was in Hauptache auf Mangel an Arbeit in den Betrieben zurückzuführen ist. Infolge eingetretener Niederschläge hat sich die Belieferung mit elektrischer Kraft aus den Ueberlandzentralen etwas gebessert, jedoch die Ge-

fahr der Betriebseinschränkungen aus diesem Grunde nunmehr befristet sein dürfte. Im Baugewerbe hat die Tätigkeit verschiedentlich ausgekehrt und so zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit geführt. Allgemein macht sich ein Abflauen der bisherigen Geschäftstätigkeit in Bezug auf Weihnachtsaufträge bemerkbar.

Erwerbslosenunterstützung wurde in der Berichtswoche an 3594 Männer und 120 Frauen mit 245 121 M bezahlt; Kurzarbeiterzulagen kamen an 139 Männer und 14 Frauen mit 8408 M zur Auszahlung.

Kostsandsarbeiten wurden in der gleichen Zeit von 2493 Erwerbslosen ausgeführt.

Genossenschaftsbewegung

Die Großkaufmannschaft deutscher Kaufmännervereine erzielte in ihren Handelsabteilungen bis Ende Oktober dieses Jahres einen Umsatz von 942 048 775 M und wird es bis zum Jahresabschluss auf etwa 1 1/2 Milliarden Mark bringen. Ist auch die gabelnmäßige Steigerung zu einem erheblichen Teil auf die Teuerung (Geldentwertung) zurückzuführen, so ist doch auch in manchen Warenarten ein Rückgang zu verzeichnen. Trotz der großen Schwierigkeiten sucht die Gesellschaft dauernd ihren Betrieb zu erweitern. Bezüglich des Fisch- und Fleischwarengeschäfts ist zu bemerken, daß Schritte zum Ausbau unternommen sind. In Westfalen wird ein Kontor errichtet, das frische Fische und Fleisch und sie verpackt und versendet. Außerdem ist in Altona ein Grundstück erworben, in dem Kaminerezei, Brauerei und Mälzerei eingerichtet werden. Ein weiterer Schritt vorwärts ist getan, indem in den hauptsächlichsten Produktionsgebieten Personen für den Verkauf von Landesprodukten beschäftigt sind, die den betreffenden Lagerverwalter in seinen etwas erweiterten Funktionen unterstützen. Einkaufskontore im Ausland sind in Aussicht genommen. Neue Lager sollen in Stuttgart, Königsberg und voraussichtlich in Minden errichtet werden. Neue Einkaufsvereinbarungen wurden errichtet in Goslar, Herberg, Jallenberg, Plattling und Würzburg; geplant sind solche in Ulm, Juba und Götting. Es geht vorwärts, bei den einzelnen Vereinen wie bei ihrer Zentrale.

Aus der Partei

Sozialdemokratischer Parteiausflug

Der Parteiausflug trat am 8. Dezember zu einer Sitzung zusammen. Am ersten Tage nahm er Stellung zur Regierungsbildung in Sachsen. Er billigte das Verhalten des Parteivorstandes, seine Auslegung des Beschlusses vom Kasseler Parteitag über den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung in Bezug auf die Einzelstaaten. Der Parteiausflug stellte sich einstimmig auf den Boden der Erklärung des Parteivorstandes und seiner Begründung durch den Genossen Wels.

Die Wichtigkeit der Abstimmung in Oberschlesien wurde dargelegt und die Parteigenossen im ganzen Reich verpflichtet, für eine rege Anteilnahme aller Parteigenossen und Genossinnen an der wichtigen Entscheidung für das Deutsche Reich und das Proletariat einzutreten. Mit Genehmigung nahm der Parteiausflug Kenntnis von den Verhandlungen, die über die oberhalbste Frage in London und unter Leitung des Genossen Buchmanns zwischen der P. P. S. und unserer Partei in Berlin stattgefunden haben.

Ueber die finanzpolitische Situation im Reich wurde gründlich debattiert. Der Parteiausflug war eines Sinnes mit den Beschlüssen der Reichstagsfraktion, daß mit allem Nachdruck die beschleunigte Einziehung des Reichtumssteuersatzes erstrbt und daß jede Unterhöhung des Reichtumssteuersatzes im Interesse steuerlicher Kapitalistenkreise verhindert werden müsse.

Die Schaffung eines Korrespondenzblattes des Parteivorstandes und einer Umgestaltung der Parteifarrspendenz wurde vom Parteiausflug begrüßt.

Es wurde beschlossen, die Gleichheit zukünftig zweimal im Monat, dafür in erweiterter Umfang, erscheinen zu lassen. Rohreide Beschlüssen auf die Gleichheit wurden von den Bezirksorganisationen aufgegeben.

Am Donnerstag, den 9. Dezember, nahmen die preussischen Mitglieder des Parteiausfluges gemeinsam mit dem Vorstand der Landtagsfraktion und dem Parteivorstand Stellung zu den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen. Die organisatorischen und agitatorischen Vorbereitungen für die Wahlen wurden eingehend besprochen. Die Herausgabe eines Wahlhandbuchs steht bevor. Die Zentralkommission der Wahl wurde dem Parteivorstand übertragen; für die Aufstellung der Landeslandtagslisten wurde eine besondere Kommission gewählt.

g. Eggenstein, 9. Dez. Mittwoh, 8. ds. Mts., hielt der heilige Sozialdemokratische Verein eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, in der Gen. Föhler-Karlruhe über Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie sprach. Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise. Als 2. Punkt der Tagesordnung wurden die heiligen Parteiverhältnisse besprochen; es wurde bemangelt, daß von vielen Genossen der Parteibewegung so wenig Interesse entgegengebracht wird. In der Diskussion wurde von verschiedenen Genossen auf die unhaltbaren Zustände zwischen ländlichen und städtischen Arbeitern hingewiesen, wobei besonders darüber gelaugt wurde, daß die ländlichen Arbeiter in den Karlsruher Betrieben immer als eine Art Großarbeiter betrachtet wurden, während sie tatsächlich viel schlechter daran sind, wie die städtischen Arbeiterschaft. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, wenn Arbeiter in der Stadt behilflich sind, ihre Kollegen, die zurallgemeine auf dem Lande wohnen, auf das Klafser zu werfen. Auf dem Lande ist nun einmal keine Arbeitsmöglichkeit und die Arbeiter aus den Ortsgassen in unmittelbarer Nähe der Stadt sind schon seit Jahrzehnten angewiesen, dort ihr Brot zu verdienen. Möge die Partei ihr möglichstes tun, diesen böstlichen Zug des Vorneides gegenüber den Arbeitern vom Lande zu befristigen. — Gen. Föhler ermahnte in seinem Schlusswort die Genossen, für diese gebälligen Angriffe auf die ländliche Arbeiterschaft nicht die Partei verantwortlich zu machen. — Die nächste Versammlung findet Samstag, 18. Dez., abends 8 Uhr, im „Anker“ statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Gemeindepolitik

Ettlingener, 10. Dez. Was lange währt...! Unsere Gemeinde war im letzten Jahre mit Einquartierung belagert. Merkwürdigerweise haben bis heute die Bürger, die Soldaten für Quartier hatten, noch nicht das ihnen zustehende Quartiergeld erhalten. Dabei ist aber das Geld bereits seit August dieses Jahres unserer Gemeindeverwaltung überwiesen. Auch wiederholte Erinnerungen einzelner Gemeindevorstände fruchteten nicht. Da nun heutzutage jedermann sein Geld braucht, so verlangen die Bürger nunmehr öffentlich die Auszahlung des ihnen zustehenden Betrages und beharren sich weitere Schritte vor, wenn die Gemeindeverwaltung ihrer Verpflichtung nicht nachkommen sollte.

g. Berghausen, 10. Dez. Die letzten Dienstag 7. ds. Mts., stattgefundenen Bürgerausflüge hatte 2 Punkte zu erledigen. 1. Abtretung von Baugelände beim neuen Schulhaus an die Bauinteresenten. Die Vorlage wurde einstimmig genehmigt. 2. Gewährung eines Baubankens seitens der Gemeinde an die betreffenden Bauinteresenten; dieser Punkt wurde dahingehend genehmigt, daß die Gemeinde ein Drittel des staatlichen Baufostenaufschusses übernimmt, das in diesem Falle 13 000 M betragen wird; die Bauinteresenten müssen sich verpflichten, Leute in Miete zu nehmen, die der Gemeinderat im Voranschlag bringt, sie haben unter zwei oder drei Wohnungsuchenden die Auswahl. In Anbetracht der trassen Wohnungsnot ist es sehr zu begrüßen, daß in dieser Beziehung etwas geschieht und es ist zu hoffen, daß der staatliche Baufostenaufschuß nicht lange auf sich warten läßt. Es werden dann weitere Baufostenaufschüsse ebenfalls einschließen, hier einzugreifen und die Wohnungsnot mit helfen zu lindern, zumal die Lage mancher Wohnungsuchenden geradezu trostlos ist.

* Forzheim, 9. Dez. Der Bürgerausflug nahm eine Vorlage des Stadtrats an, wonach die Feuersteuer des reichsteuerefreien Einkommens und die Festsetzung des Umlagefußes für das Liegenchafts- und Betriebsvermögen im Rechnungsjahre 1920 auf 1,48 M von je 100 M Steuerwert an. Man hofft, daß die hierdurch erzielten Einnahmen mit zur Deckung des ungedeckten Fehlbetrags von etwa 27 Millionen Mark des städtischen Voranschlags beitragen wird.

Mannheim, 8. Dez. Der Bürgerausflug beschloß eine 60prozentige Erhöhung der Eintrittspreise zum Nationaltheater. Ausgenommen von dieser Erhöhung bleiben die Kollektivvorstellungen und die Plätze im vierten Rang.

Freiburg i. Br., 10. Dez. Der Bürgerausflug nahm gestern abend nach dringlichen Beratungen den Gemeindevoranschlag an. In der Frage der Betanzung des reichsteuerefreien Einkommens zur Gemeindefeuer wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der vom Stadtrat ausgehende Antrag des Zentrums angenommen (in dem auch der demokratische Antrag aufging), der folgenden vorliegt: „Umfestsetzende Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen bis zu 10 000 M und nichtalleinstehende Steuerpflichtige ohne Kinder mit einem solchen bis zu 15 000 M werden zu der Gemeindefeuer nicht betanzogen. Sind Kinder vorhanden, so ist hierfür eine freie Grenze bis 30 000 M des steuerpflichtigen Einkommens vorgesehen. Die Anträge des Stadtrats zum Voranschlag wurden sämtlich angenommen, darunter auch die Errichtung einer Stelle eines weiteren rechtskundigen Hilfsarbeiters anstelle des von den Sozialdemokraten gewünschten vierten Bürgermeisters.“

Aus dem Lande

I. Aue bei Durlach, 12. Dez. Ein raffinierter Einbruch. Am Samstag, 11. Dez., abends zwischen 10 und 9 Uhr drangen 3 Personen durch das Stallfenster in die Wohnung des in den 70er Jahren alleinlebenden Landwirts Wilh. Villet in der Waldhornstraße ein. Sie übertratschten den allen gebrechlichen Mann im Bett, banden ihm die Hände und Füße zusammen, stopften ihm den Mund mit Papier zu und durchwühlten dann die ganze Wohnung. Sie raubten Bargeld, das der Mann im Gefangbuch verbracht hatte, im Betrag von 700 M. Vorbeigehende Ortsbewohner übertratschten die Eindringler, die dann in der Dunkelheit in das nahe gelegene Feld entliefen. Einer stand Schmeide, er verständigte die andere durch einen Pfiff. Wer diese Räuber waren, konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. Nach dem Verlauf des Ueberalles zu schließen, können zweifelsohne nur Personen in Frage kommen, die mit den häuslichen Verhältnissen des Landwirts Villet vollständig vertraut sind. Hoffentlich gelingt es der Polizeibehörde, die Ganner zu ermitteln. Von dem gestohlenen Gelde fand man heute, Sonntag, früh auf dem Sportplatz, der ganz in der Nähe der Wohnung des Verurteilten sich befindet, betriffend den Betrag von 330 M, die offenbar die Räuber auf ihrer Flucht wieder verloren haben.

Marzell, 12. Dez. Hier wurde in einer der letzten Nächte in die Kirche eingebrochen. Den Dieben fielen drei Reide, das Opfergeld vom Feiertage Maria Empfängnis und anderes in die Hände.

Freiburg, 12. Dez. Ein Revolberattentat mit nachfolgendem Selbstmordversuch spielte sich am Samstag am hiesigen Hauptbahnhof ab. Hierzu wird uns aus Freiburg berichtet: Die Tat ist eine Eiferjuchtstragödie. Eine 23jährige Stavierlehrerin Frieda Stork aus Karlsruhe feuerte in dem Augenblick, als der um 11.48 von Basel fällige Schnellzug eintraf, aus einem kleinsten Brenning einen Schuß nach ihrem früheren Bräutigam, einem 23jährigen Kaufmann und Reisenden aus Karlsruhe ab. Darauf richtete sie die Waffe gegen sich selbst und schoß sich bei oben eine Kugel in den Kopf. Der Kaufmann befindet sich außer Lebensgefahr, doch ist die Waffe schwer verletzt und das linke Auge, in das die Kugel seitlich eindrang, voraussichtlich verloren. Wie man feststellte, war die Stork mit ihm seit Weihnachten vorigen Jahres verlobt, jedoch wurde dieses Verhältnis von ihm gegen den Willen des Väterndes vor etwa drei Wochen gelöst. Seitdem verfolgte und bedrohte die Ex-Bräut den fröhlichen Bräutigam öfters, am Freitagabend reiste sie ihm nach Freiburg in das Hotel, wo er abgeblieben war, nach. Er beschloß, am Samstag mittags nach Frankfurt a. M. abzureisen, um dort mit einem andern Mädchen Verbindung zu feiern. Die Stork drängte sich ihm als Begleiterin bis zum Bahnhof auf, laun belauden sie sich innerhalb der Bahnhoftür, tranken die Schiffe. Das Befinden des Mädchens, dem die Kugel im Kopf stecken blieb, soll zu Verzweiflung Anlaß geben.

Keine Mittelungen, 10. Dez. Bei der Milchabnahme drang ein Landwirt in Burgheim (Nahr) mit einem Veil auf die Beamten ein, die zahlreiche Verletzungen erlitten. Der Landwirt ist als leicht erregbarer Mann bekannt, gilt aber von jeher als einer der besten Milchabnehmer. — Des Einbruches in den Lagerkammern am Bahnhof Donaueschingen, wo sie Frucht entwendet hatten, konnte die Gendarmerei mit Hilfe eines Polizeibundes drei Burschen von Altmundshofen im Alter von 13 bis 16 Jahren überführen, die eingeklinken, schon früher zweimal in den Strassen eingebrochen zu sein. Des weiteren konnte in Altmundshofen mit Hilfe des gleichen Polizeibundes eine letzte Frauensperson ermittelt werden, die einem Arbeiter 1400 M gestohlen hatte.

Der Mord in Oberwiesheim

Bruchsal, 10. Dez. Ueber die Ermordung des Falkenwirts Karl Holz Müller in Oberwiesheim teilt die Bruchsaler Zeitung noch folgendes mit: Der Ermordete war ein Junggeselle von 60 Jahren und war ein eigenartiges Wesen. Die Wirtschaft betrieb er schon lange nicht mehr und widmete sich vollständig der Landwirtschaft. Er war sehr fleißig, gut aber als hochföchtig und hatte infolgedessen wenig Freunde. Für Lebensmittel forderte er unerbötliche Preise. Eine Kommission mit Oberamtsrichter Joachim Bruchsal hat den Tatort besichtigt. Holz Müller ist an einem erdrückten worden, die Leiche hatte einen Knabel im Munde. Offensichtlich hat vor dem Tode des Mannes ein schwerer Kampf stattgefunden. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden. Wie es bei, hatten sie es bei ihrer Tat hauptsächlich auf Geld abgesehen.

Die Agenten der Fremdenlegation

entfallen zur Zeit eine rührige Tätigkeit. Insbesondere haben sie es auf 16-17jährige von Abenteuerlust besessene junge Leute abgesehen. Geradezu als Wähler der Menschheit treten diese Schurken, die zum Teil nicht Deutsche sind, an die jungen Leute heran, um ihnen alle möglichen Versprechungen zu machen. So geschah es auch in letzter Zeit bei einem Jungen aus Heiligenstadt, der bei Eppingen bei einem Bauern beschäftigt war. Der junge Mann arbeitete auf dem Felde, als ein Mann an ihn herantrat und mit ihm ein Gespräch anknüpfte, unter anderem auch darüber, dass wenn es ihm bei seinem Bauern nicht gefalle, er mit ihm gehen möchte, er hätte was Besseres für ihn. Diesen verlockenden Zusätzen konnte der junge Mann nicht widerstehen und er gab seine Bereitwilligkeit kund, mitzugehen. Wie er gegangen und Gedanken hat auf dem Felde, so ging er mit. In Eppingen wurde er begleitet, dort bekam er Wein und Braten vorgesetzt, es ging dann weiter nach Reulshausen a. d. S., auch dort konnte er noch herrliche Stunden genießen, mit Champagner und Chokolade und sonstigen Verdelereien wurde er regaled. Das nächste Ziel war Metz. Dort piß aber schon ein anderer Wind. Er mußte Holz spalten, auch das Essen ließ zu wünschen übrig; eine große Anzahl solcher deutscher Vorküthen, die für den Transport bestimmt waren, waren hier verammelt. Sie mußten unterdrehen. In der Nacht machte ein Kamerad den jungen Mann aufmerksam, nicht zu unterschreiben, da er noch nicht 16 Jahre alt sei. Man mußte nämlich unterschreiben, daß man 20 Jahre alt sei. Anders Tags sollte er wirklich unterschreiben, er weigerte sich aber, worauf es kein Zuredern und keine Chokolade mehr gab, sondern Prügel und Pein mit der Peitsche, außerdem wurde er zwei Tage eingesperrt. Nach Ablauf sollte er abermals unterschreiben, was er aber wieder nicht tat. Er sollte nun nach Mainz verbracht werden. Unterwegs machte der Zug halt. Der junge Mann stieg aus und lief davon, er war bei Ludwigshafen, von wo aus er zu Fuß nach Heidelberg ging. Dort traf er bei Nacht ein; er wandte sich an einen Schuhmann, der ihn mit auf die Wache nahm; die Schaulustler telefonierten nach Bruchsal an seine Eltern, die ihn am anderen Morgen abholten. Der junge Mann wird nun von seiner Abenteuerlust befreit sein. Aber vielerlei dieses Glück nicht bekliden sein, wieder auszuweichen, sie werden die Leidensbahn eines Fremdenlegationsbedienten müssen und für einen unüberlegten Jugendtreibler schwer führen müssen. An alle Kollegen und Genossen in den Werksstätten und rüchten wie die Wabnung, die jungen Leute zu warnen, daß sie nicht den Verlockungen solcher zwischensolcher und geldgieriger Schurken zum Opfer fallen.

Aus der Stadt

Karlshöher Parteianrichten

Socialdemokratische Bürgerauswahlfraction. Heute Montag, 13. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Neuen Rathausaal Fraktionsungung statt, wozu das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich ist.

Der Gipsel

Kontrollversammlung und Bezirksfeldwebel. Stammtischanzeige mit der Führungsnote. Der Stammtisch kam zum wohlverdienten Ende. Kein Bürgerfestig liiert mehr vom Reintauschjabel. Der Kriegsarbeiter vor der Dienstzeit. Der mit Arrest und Standrecht uns bedrückt; Wir drücken an die Hofenmacht die Äste. Und laubten stramm und hielten unsre Schnäbel. Ein launiges Gefühl dem Mann von Ehre. In folch gefügig strammem Stauenherte Zum Spielball dienen den Gewissensblinden. Doch mochte der Gemeinheit ganze Schwere. Wieleicht ein Vorgefester erst empfinden. Ob seiner Pflicht, den schlichten Mann zu schinden. Ferdinand Wablinger.

Was geht auf dem Karlshöher Rathaus vor?

Von dem neuen Bauprojekt sind am Samstag an 9 Arbeitgebeten je ein Doppelhaus vergeben worden, ohne die zuständige Wohnungsbaubaukommission zuzugie hen. Was sagen unsere Vertreter im Rathaus dazu? Klarheit muß hier unter allen Umständen geschaffen werden, denn es handelt sich um Gelder der Allgemeinheit.

Die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens

Wie andere Städte, so beabsichtigt auch die hiesige Stadtverwaltung die bei der Reichseinkommensteuer steuerfrei gelassenen Einkommenssteile zur Gemeindefeuer heranzuziehen. Es handelt sich also um die von der Reichseinkommensteuer befreiten Einkommenssteile, wie 1500 M für den Mann, je 100 M für Frau und Kinder pro Jahr.

Die Vorlage des Stadtrats an den Bürgerauswahlschuss steht folgende Bestimmungen vor:

Der Betrag der alleinlebenden Personen, d. h. derjenigen, bei deren Veranlagung zur Reichsteuer ein steuerfreier Einkommenssteil von nicht mehr als 1500 M berücksichtigt wird, beginnt erst bei einem Betrag von 8000 M übersteigenden Einkommen. Steuerpflichtige, bei deren Veranlagung ein höherer Betrag als 1500 M steuerfrei bleibt (Verheiratete usw.), werden zur Gemeindefeuer erst dann herangezogen, wenn ihr Einkommen den Betrag von 17000 M übersteigt. Die Steuerpflicht erstreckt sich bei den obengenannten Personen nur auf die Hälfte des reichssteuerfreien Einkommens. Die zu Gunsten der Kinder von Steuerpflichtigen eröffneten Freisteile bleiben bei Einkommen bis zu 25000 M einschließlich von der Gemeindefeuer frei. Die Gemeindefeuer beträgt für Personen, welche nicht einkommensteuerpflichtig sind und für einkommensteuerpflichtige Personen mit einem Einkommen von nicht übersteigenden Einkommen von 10000 M nicht übersteigenden Einkommen von mehr als 10000 M beträgt die Gemeindefeuer soviel Prozent des ihr unterliegenden Einkommenssteils, als von Steuerpflichtigen Einkommen derselben Pflichten als ökonomisch Reichseinkommensteuer erhoben wird.

Bei Lebigen beginnt also die gemeindliche Besteuerung bei einem Einkommen von 8000 M, während bei Verheirateten und solchen Ledigen, die gesetzliche Unterhaltspflichtiger zu erfüllen haben, die Heranziehung zur Steuer bei Einkommen von über 17000 M beginnt. Damit dürfte der allergrößte Teil der Arbeiter und Beamtenhaft von der Steuer befreit bleiben. Unsere Genossen im Stadtrat beantragen in Anbetracht dessen, daß die Feuerung mit Rechenarbeiten sich vorwärts bewegt, eine Freilassung bis zu einem Einkommen von 20000 M, was aber bei den bürgerlichen Parteien keine Gegenliebe fand.

Als eine kleine Erleichterung darf angesehen werden, daß die bei der Reichseinkommensteuer freibleibenden Kindersteile bis 25000 M Einkommen von der Gemeindefeuer ebenfalls frei bleiben und die ganze Steuer nur von der Hälfte des reichssteuerfreien Einkommens erhoben wird. Nichtschonweniger wird die Gemeindefeuer bei allen Personen, welche bis zu 20000 M Einkommen haben, eine recht drückende sein und stellt ein sehr unzuverlässiges Weihnachtsgeschenk dar.

Zubetriebnahme der Straßenbahn durch die Kapellenstraße

Die Gleisanlage einschließlich Oberleitung in der Kapellenstraße ist soweit fertig montiert, daß der Straßenbahnbetrieb nach Fertigstellung des Pflasters und des Straßenabmattes und nach unbeantworbener landespolizeilicher Abnahme der Strecke demnächst eröffnet werden kann. Es wird zunächst davon abgesehen, die Einfügung der neuen Strecke in das Straßenbahnnetz zum Anlaß grundlegender Veränderungen in der Linienführung zu nehmen. Der Verkehr in der Kapellenstraße soll vorerst nur dadurch aufgenommen werden, daß die Linie 2 anstatt über Marktplatz durch die Kapellenstraße über Mendelssohnplatz, Kriegstraße, Germania nach dem Hauptbahnhof geführt wird. Es wird sich so zunächst ermitteln lassen, wie stark das Verkehrsbedürfnis zwischen Ost- und Südstadt auf dem Wege über die Kapellenstraße ist, und auf Grund der gemachten Beobachtungen kann später eine weitergehende Verwendung der Kapellenstraße im Straßenbahnbetrieb etwa in der Form eines Außentings Platz greifen.

Anmaßliches Predigertum eines Dilettanten

gr. Zu einem Vortrag über „Christentum, Nihilismus und freier Glaube“ hat auf Mittwochabend die Freireligiöse Gemeinde Karlsruhe in den Rathausaal eingeladen, dem viele Besucher und Besucherinnen Folge leisteten: teils wohl als Anhänger der Freireligiösen Gemeinschaft, teils aus Interesse für die Idee über die sie ausrichtete Klagen aus maßgebendem Munde zu erfahren hofften — eine Hoffnung, die letztere in keiner Weise erfüllt wurde. Denn was der Sprecher, ein in hiesigen Kreisen viel genannter und mit rühriger Propaganda arbeitender Herr Ab. Regauer vorbrachte, war ein detariertes Gemisch von simpler Naivität, subjektiven Geschichtsklittereien, agitatorischen Unrichtigkeiten und dilettantischen Lieberbelästigungen, wie man sie in einer Stadt von der alten geistigen Kultur Karlsrubes nur selten dem Publikum darzubieten wagen dürfte. Wir glauben es dem Herrn Regauer gerne, daß er Jahre des Jüdischens und Bergeweins durchgemacht, bevor er zu einer neuen religiösen Uebung gekommen ist; aber so fragen wir: ist es ausreichend, wenn ein Einzelmensch dazu gelangt ist, für seine Uebungsgläubigkeit eine feiner oder minder großartigen geistigen Bedürfnisse angepaßte geistige Basis zu schaffen, diese Basis als hinreichend zum Predigertum vor großem Gemeindefreizeit zu benutzen? Hier scheint uns fast ein Mangel an jener Selbstkritik augründe zu liegen, der gerade das Predigertum — Carliche sprach herüber so Großes — am meisten bedarf. Neben den Schiefheiten berührte, wie gesagt werden kann, wühlend die Lokrang, mit der der Redner von den tiefen und innigen Fragen, die der Geist des Christentums geboren, sprach, die Sonde, die er an der Säkularität vornahm, die Würdigung, die er der alter, ewiger, religiöser Sehnsucht zu teil werden ließ, wenn auch die subjektive Darstellung jöte. Anknüpfend um dieses Manes eigenen Könnens zu erleben, hielt es der Redner gegen Stuhls seiner Ausführungen für angemessen, politisch zu werden und vom religiösen Prediger in das Rollenrad eines realistischen Agitaturs zu verfallen, in dem er mit phärischen Geistes (womit es uns fern liegt, den Geistlichen die der verschiedenen Religionen erhabene Wahrheiten finden, irgendwie nahe zu treten, sondern womit wir nur eine bestimmte gerade unreligiöse Art des Predigertums charakterisieren wollen, wie sie in diesem Abend wieder, diesmal im „Freireligiösen Kirchenrat“ zum Vorschein kam) die Männer ästerte, die heute das Steuerrohr des zusammengebrochenen deutschen Reiches führen: „Was heute oben auf ist, meint Herr Regauer, das sind nicht die besten Männer, sind nicht die besten Einrichtungen. Was heute oben auf ist, drängt sich vor. Die besten Männer stehen sich vor Scham zurück, weil sie sich die Hände nicht beschmutzen lassen wollen. Die besten Männer warten auf eine andere Zeit; sie warten auf ein reineres frommeres Leben.“ Wir wissen nicht, ob sich Herr Regauer selbst zu den besten Männern rechnet — zu warten hat er aber andeurend keine Lust, sonst müßte er, bevor er anspricht, um zu hören, zum mindesten warten, bis er die nötige geistige und innere Reife hat; allerdings ein Termin, der für ihn vielleicht nie kommt.

Eine Wohnung als Weihnachtswunsch eines Kindes

Das die heutige Wohnungsnot besonders für die davon betroffenen Kinder ein Grauel ist und dieselben nach Verbesserung der Notlage lechzen, mag nachfolgender Weihnachtswunsch eines kleinen Mädchens illustrieren. Als daselbe nach seinem Weihnachtswunsch gefragt wurde, gab es die gewöhliche Antwort: „Wenn nur Vater eine Wohnung bei der Vergabung in der Gartenstadt erhält, dann habe ich genug.“ Es erübrigt sich, viel Worte zu diesem rührenden Kinderwunsch hinzuzufügen. Man bedenke: das Kind schlägt alle die sonstigen Kinderherzen erfreuenden Weihnachtswünsche ab, es hat nur einen Wunsch und zwar eine menschenwürdige Wohnung —! Moge der Kinderwunsch auf alle diejenigen, die trotz der Erkenntnis der furchtbaren Wohnungsnot keine Opfer zur Linderung derselben bringen wollen, die nötige Wirkung nicht verfehlen.

Berein Jugendhilfe e. V. Karlsruhe

In diesen Tagen hat sich der Ausschuss für Ferienkolonien in den Verein Jugendhilfe umgewandelt. Der Verein will hauptsächlich der erholungsbedürftigen, schwächlichen und fränklichen Jugend der Stadt Karlsruhe förderliche und geistige Erholung und Kräftigung verschaffen. Dazu soll namentlich auch die zeitweise Unterbringung unserer Jugend auf dem Lande oder in einem Genesungsheim unter geeigneter Aufsicht dienen. Mitglieder des Vereins Jugendhilfe können Körperschaften und Einzelpersonen werden, die sich zur Zahlung eines Jahresbeitrags verpflichten, dessen Höhe in den Belieben jedes einzelnen gestellt ist. Die Geschäfte des Vereins werden durch einen engeren und durch einen weiteren Ausschuss, bezw durch den Vorsitzenden und den Geschäftsführer erledigt. Den Ausschüssen gehören u. a. an der Stadtschulrat, der Stadtschulrat, Vertreter des Stadtrats, des hiesigen Jugendamtes und Vertreter von Vereinen und Verbänden, die auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätig sind. Dem weiteren Ausschuss gehören mehrere Ärzte und Vertreter der hiesigen Schulen an.

Eine der ersten Aufgaben des neugegründeten Vereins Jugendhilfe war die Schaffung eines ständigen Erholungsheims für fränkliche Kinder. In einem der Heil- und Pflegeanstalt stark geborgenen musterhaft eingerichteten Gebäude, das abseits der übrigen Anstaltsbauten liegt, sollen fränkliche Kinder aus der Stadt Karlsruhe untergebracht und dort unter der Leitung eines Arztes durch ausgebildetes Pflegepersonal behandelt werden. Weiter wurde beschlossen auch während der Wintermonate in einem besonders geeignetem Gebäude der Kinderheilstätte Heuberg Winterkuren unter ärztlicher Leitung für eine Anzahl Kinder einzurichten. In der letzten Sitzung des weiteren Ausschusses wurde ausdrücklich und wiederholt hervorgehoben, daß sich die Fürsorgepflicht des Vereins Jugendhilfe selbstverständlich nicht nur auf die Kinder der Volksschulen, sondern auf alle Kinder, also auch auf die der höheren Schulen erstreckt. Aber als ebenso selbstverständlich wurde es bezeichnet, daß die Eltern der Kinder nach Möglichkeit die verhältnismäßig niedrigen Verpflegungskosten für ihre Kinder in den Erholungsheimen selbst aufbringen. Die Geschäftsstelle des Vereins Jugendhilfe befindet sich in der Kreuz-

straße 15111. Stad links, Zimmer Nr. 27, wo jederzeit bereitwilligst gerne jede gewünschte Auskunft erteilt wird.

Die Parteiversammlung, die gestern im „Dirck“ tagte, stellt sowohl hinsichtlich ihres Besuchs wie des Verlaufs den Rühlburger Parteigenossen ein glänzendes Zeugnis aus. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und während der über fünf Stunden andauernden Verhandlungen folgten die Parteigenossen und Parteigenossinnen den Debatten und Referaten in gespannter Aufmerksamkeit. Genosse Kunge erstattete einen sachlich gehaltenen und instruktiven Bericht über den Parteitag in Baden-Baden, dessen ausgezeichneten Verlauf der Redner besonders betonte. An der anregenden Debatte beteiligten sich die Genossen Schöpflin, Scheltauste, Koch, Hensel und Kunge. Auch der kritisch gehaltene Teil der Debatte bewegte sich in durchaus sachlicher Form und zeitigte neue Anregungen für die Agitation und Organisation. Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung gaben die in sehr stattlicher Zahl anwesenden Sängers des „Vollchora“ zwei mit hitzigem Beifall aufgenommene Lieder zum Besten.

Im Anschlusse daran sprach Genosse Schöpflin über die politische Lage. Die Darlegungen Schöpflins fanden den lebhaftesten Beifall der ganzen Versammlung. In der Diskussion sprach kurz Genosse Scheltauste, worauf der Gesangverein „Bruderbund“ Lieder vortrug, die gleichfalls verdienten Beifall fanden. Genosse Hertel konnte die in jeder Beziehung prächtig verlaufene Versammlung mit dem Danke für den starken Besuch und dem besonderen Danke an die Sängers schließen. Ein gemütliches Beisammensein hielt die Genossen und Genossinnen noch in kameradschaftlicher Weise zu anregenden Stunden zusammen. Der glänzende und anregende Verlauf dieser Versammlung beweist, was geleistet werden kann, wenn die Parteigenossen in Einigkeit und Treue zusammenstehen.

Der gestrige Sonntag, wie der zweite Sonntag vor Weihnachten benannt wird, brachte ein Riesengeräusche in unsere Stadt. Von allen Seiten, mit der Staats-, Albtal- und Straßenbahn kamen Schwärme von Menschen, um für kleine und große Kinder die Weihnachtseinkäufe zu bewerkstelligen. Der Hauptverkehrspunkt war natürlich die Kaiserstraße, wo die Bürgersteige sich als zu klein erwiesen, um die Masse von Passanten fassen zu können. Die recht hübsch decorierten Schaufenster, die bei Eintritt der Dunkelheit nach langer Zeit wieder in schönstem Lichterglanz strahlten, fanden viele Bewunderer und, was die Hauptsache ist, die Geschäftshäuser wurden recht stark frequentiert, so daß der gestrige „Lupinerne Spinnstag“ seine in ihm gesetzten Erwartungen erfüllt haben dürfte.

Benutzt die Vormittagszeit bei Einkäufen! Es wird uns geschrieben. Im Interesse des kaufenden Publikums liegt es, seine Weihnachtseinkäufe nicht nur in den späten Nachmittags- und Abendstunden zu betätigen, sondern auch die Vormittagszeit dazu auszunutzen. Das Publikum möge doch bedenken, welche Vorteile es beim Einkauf am Vormittag hat: Das Bedienungspersonal wird sich seiner speziellen Wünsche viel intensiver annehmen können, als in dem Trubel der späten Stunden, es kann eine ruhige, ungestörte Auswahl stattfinden und auch die Prüfung der Ware selbst wird bei dem guten Lichte und dem Fehlen jedweder Ablenkung vormittags eine ganz andere sein, als nachmittags oder gar abends, wo sich alles in den paar Stunden mangelhafter Beleuchtung zusammendrängt. Man warte, wenn man es in irgend machen kann, mit dem Einkäufen auch nicht bis zu den letzten Tagen vor dem Feste, sondern man laufe schon jetzt, wo die Auswahl noch gut und bei Bestellungen die Reaktionszeit des rechtzeitigen Veranlassens der gewünschten Ware noch gegeben ist. Das Publikum tut mit der Befolgung dieser Wünsche nicht nur dem in der Weihnachtszeit außerordentlich in Anspruch genommenen Personal, sondern in erster Linie sich selbst einen Gefallen.

Die Sektionsversammlung der Servierfräuleins. Am 9. Dezember fand im „Prinz Karl“ eine gut besuchte Versammlung der Servierfräuleins statt, in welcher in vortrefflicher Weise Frau Landtagsabgeordnete Blase-Mannheim über das Thema: Das weibliche Bedienungspersonal im Kampfe um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse referierte. In der anschließenden Diskussion kam einmütig zum Ausdruck, das Verlangen verschiedener Wirt, die Angestellten dem Trinkebettel wieder auszuliefern, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 9. Dezember im „Prinz Karl“ stattgefundene Versammlung der Servierfräuleins erucht den Stadtrat im Interesse der besseren Handhabung der Fachabteilung im Gastwirtschaftsberufe eine Beamten aus dem Fache werbe anzustellen.

Das Gelände des alten Bahnhofes. Der Verkehrsverein ist bei dem Ministerium der Finanzen dahin vortrefflich geworden, daß das frühere Bahnhofsgelände östlich der Gilmmerstraße und namentlich die nach Westen und Nordwesten abschließende hässliche Anzäunung in einen ästhetisch einwandfreien Zustand beretzt werde. Das Finanzministerium hat dem Verkehrsverein nunmehr mitgeteilt, es habe unter Würdigung der vom Verkehrsverein erhobenen Beanstandungen alle Möglichkeiten erwogen, um eine befriedigende Lösung der Frage der Einfriedigung des Bahnhofesplatzes im Interesse der Verschönerung des Stadtbildes herbeizuführen. Leider seien jedoch die Kosten auch für die einfachste Einfriedigung mit einer Bodensplanzung nach dem aufgestellten Vorschlag derartig hoch, daß bei der gespannten Lage des Staatshaushalts die Ausführung zur Zeit unmöglich sei.

Ein arbeitserschütterndes Urteil des Mieteinigungsamts. Die Firma Rafus u. Cie., Warengeschäft, Kaiserstraße: Nachdem das Mieteinigungsamt auf unsere schriftlichen und mündlichen Erklärungen kein Gewicht gelegt hat, so sind wir nach unsern vorhergehenden Mitteilungen vorgegangen und haben unsere sämtlichen Arbeiter gekündigt. Wir überlassen es dem Demobilisationsausschuss sowie dem Arbeitsamt, die Angelegenheit näher zu betrachten. Wir können natürlich nicht nachprüfen, aus welchen Gründen das Mieteinigungsamt obiges Urteil gefällt hat, sondern wir geben der Einmündung Raum, weil durch das Erkenntnis des Mieteinigungsamts eine Anzahl Arbeiter brachlos geworden sind.

Sugo Hader, vom badischen Landestheater gibt heute, Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Entratsaal seinen wiederholt angehängigten heiteren Wilhelm Dusch-Abend. Karten bei Kurt Renfeld und an der Abendkasse.

Reichsbildwettbewerb des Verkehrsvereins. Die eingelegten Lichtbilder sind vom Verkehrsverein für einen beschränkten Kreis von Interessenten ausgestellt worden, nachdem das Preisvericht beschlossen hat, von einer öffentlichen Ausstellung der Bilder Abstand zu nehmen. Die preisgekrönten und vom Verkehrsverein sonst erworbenen Bilder sind in seinen Besitz übergegangen. Die nicht erworbenen Bilder stehen den Einsendern zur Verfügung (in der Geschäftsstelle des Vereins, Bahnhofplatz 6). Bilder, die bis zum 15. Dezember nicht abgeholt sind, werden vernichtet.

Arbeiterbildungsverein. Heute Montag, 13. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Hause Wilhelmstraße 14 eine Beethoven-Gedächtnisfeier statt. Ihre Mitwirkung haben gütigst zugesagt: Frau Oerthmeyer, Edith Kott, Sajo vom Landestheater (Vebler), die Herren Claus Hanter, Hans Ganzer, Rich. Heller, Karl Stark (Ereidquartett), Hermann Anreter (Klavier). Der Besuch ist unentgeltlich. Zutritt nur für Mitglieder und ihre Anachborigen.

Berbot der Weiterabfertigung von Holzladungen auf den Stationen Appenweier, Offenburg, Rehl, Weisach, Freiburg und Niesel mit Bestimmung nach Elsaß-Lothringen und Frankreich.

Mit Wirkung vom 16. Dezember 1920 ab wird aus zwingenden Gründen des Betriebs die Umbehandlung oder Weiterabfertigung von Wagenladungen Holz mit Bestimmung nach Elsaß-Lothringen und Frankreich auf den Stationen:

Appenweier, Offenburg, Rehl, Weisach, Freiburg und Niesel verboten. Von diesem Zeitpunkt ab dürfen Holzladungen nur noch mit unmittelbarer auf die endgültige Bestimmungsstation in Elsaß-Lothringen und Frankreich lautenden Frachtbriefen angenommen und befördert werden. Für alle Sendungen mit Uebergang Rehl und Weisach muß die Zulaufgenehmigung bei der Eisenbahn-Generaldirektion in Karlsruhe schriftlich unter Anschluß eines Freimischlags eingeholt werden und müssen die vollständig ausgefüllten Frachtbriefe den Stempelaufdruck tragen: „Annahme zur Beförderung über Rehl (Weisach) genehmigt“. Sämtliche Holzladungen müssen zur Gewinnung der vorgeschriebenen Unterlage für die französische Eingangserklärung auf der Versandstation oder auf einer geeigneten Unterwegestation amtlich vermessung und der Wägestempel muß dem Frachtbrief aufgedruckt werden.

Auf die Notwendigkeit der Richtigkeit und Vollständigkeit der den Begleitpapieren beigegebenen Papiere, wie internationaler Frachtbrief, drei internationale Zolldeklarationen mit genauen Angaben nach dem französischen Zolltarif, statistischer Anmeldebögen, Ausfuhrbescheinigung oder besonderer Ausfuhrbescheinigung, Faktura in Nr. oder Maßzahl, wird besonders hingewiesen.

Zollamtliche Vorabfertigung auf der Versandstation oder einer geeigneten Unterwegestation, um gnedmächtigsten für Uebergang Rehl in Offenburg, für Uebergang Weisach in Freiburg, ist Voraussetzung. Wegen der ungeschützten und beschleunigten Durchsicherung der Holzladungen in Holzammelplätzen in Rehl (Weisach) und zur Vermeidung von Verzögerungen bei der französischen Eingangserklärung behält sich die badische Eisenbahnverwaltung das Recht vor, auf den Stationen Offenburg und Freiburg die Zolldeklarationen gegen Kopierjahr nachzuprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen.

Wagen, die ohne Zulaufgenehmigung der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe für Uebergang Rehl und Weisach eintreffen, werden unterwegs angehalten und den Besendern zur Verfügung gestellt.

Holzladungen, die zur Umbehandlung auf den genannten Stationen weiter eintreffen, müssen ausgeladen werden; gegebenenfalls wird die Eisenbahnverwaltung das Holz auf Gefahr und Kosten des Absenders ausladen lassen. Nähere Auskunft erteilen die Güterabfertigungsstellen und die Eisenbahn-Generaldirektion.

Bei diesem Anlaß wird darauf hingewiesen, daß bei den deutsch-französischen Uebergängen Rehl und Weisach im Hinblick auf die bestehende Zoll- und Betriebsbehördenarbeiten ausschließlich nur eine verhältnismäßig geringe Zahl Wagenladungen abgefertigt und weiterbefördert werden kann. Es empfiehlt sich daher, beim Abschluß von Lieferungsverträgen hierauf Rücksicht zu nehmen. Auch ist es bei dieser Sachlage gnedlich, Frachtbriefe mit dem Antrag auf Zulaufgenehmigung in größerer Anzahl an die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe einzuliefern. Für die Erteilung der Zulaufgenehmigung gelten nur die schriftlichen Anträge als Unterlage; es wird daher gebeten, persönliche Vorstellungen in dieser Angelegenheit bei der Eisenbahn-Generaldirektion zu unterlassen.

Karlsruhe, den 8. Dezember 1920.
Eisenbahn-Generaldirektion.

DRUCKSACHEN
ALLER ART

für Behörden, Handel u. Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in:
Schwarz- und Buntdruck

Buchdruckerei „Volksfreund“
Karlsruhe Geck & Cie. Luisenstr. 24

Baden-Baden.
Abgabe von Brot-, Milch- und Butterkarten.

Obige Karten werden im städt. Kart. Abgabestelle 1-4, in Dichtental im neuen Knaben-Schulhaus und in der ehemaligen Postwachstube in der Weststadt in nachfolgender Reihenfolge abgegeben:

- Am Dienstag, den 14. Dezember, für die Buchstaben A bis F
- Am Mittwoch, den 15. Dezember, für die Buchstaben G bis R
- Am Donnerstag, den 16. Dezember, für die Buchstaben S bis T
- Am Freitag, den 17. Dezember, für den Buchstaben U
- Am Samstag, den 18. Dezember, für die Buchstaben V bis Z

Geschäftszeit von 8 1/2 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr nachmittags. Samstags von 8 bis 12 Uhr.

Gänse-Lebern
kaut fortwährend und zahlt die höchsten Preise
Carl Pfefferle
Erbsingstr. 23. 6952

Selbstlichkeiten
Papiermützen für Damen und Herren
Gürtel, Knallhandschuhe
Zanzontriller
Lustschlangen
Artikel zum Feigehen.
A. Kraehl, Steffin.

Herren-Anzüge
billig zu verkaufen.
Waldhornstr. 21, 4. St.
Dierberger. 6916

Zu verkaufen:
Zimmerstühle, Weißbrot mit Schiene, Kleiderbügel (Nr. 42), Mädchenmantel, 2 kleine Beklagen (braun und schwarz) für Schürer, ein Paar Stelzen (eichen).
In erst. Preisstr. 4, 4. St.

Kaffee, Kaffee.
Verkauf von
Alt- u. Neu-Möbel

Befichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3

„Nissin“
gegen
Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Wintersport - Ausrüstung

Ski, kompl. mit Hutfeld-Bindung Mk. 171.- bis 203.-
Ia. Qualität, imprägniert, zweifelhig
Windjacken, Herren Mk. 196.- Damen Mk. 185.-
Handarbeit, zwiegenäht
Skistiefel, für Herren Mk. 485.- Damen Mk. 395.-
Reinwollene

Damen-Strickjacken von Mk. 335.- an
Herren-Strickwesten
Knaben-Sweaters ::
Woll-Schals **Woll-Mützen**

Isolierflaschen
halten 24 Stunden heiss oder kalt
Inhalt 1/2 Liter Mk. 22.-

Sporthaus Freundlieb
Kaiserstr. 185 Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 185

Preisliste Nr. 19 über Fußball, Turnspiel u. Sportliteratur
Preisliste Nr. 20 über Wintersport-Bekleidung u. Ausrüst.
auf Verlangen gratis und franko! 6952

Firma-Gründung 1863.

Gänselebern
kaut und zahlt höchste Preise
Fa. Wilh. Kater,
Ruitstr. 14.

Haar-Netze!
ausgezeichnet
kaut per
von Spanien u. Nordfr.

Haar-Netze einz. 2.75 Mk.
Haar-Netze dopp. 2.75 Mk.
Stirn-Netze einz. 1.75 Mk.
Stirn-Netze dopp. 2.- Mk.

empfehl. H. Weiland, Zähringerstr. 60.

Sie ersparen
Porto- und Verpackungskosten, wenn Sie meine seit 25 Jahren erprobten und überall beliebten
Haar-Pflegemittel

Brennessel-Haarinktur
Literflasche Mk. 14.-, kleine Fl. Mk. 10.-
Schuppenpomade „Mansol“
60 gr Mk. 8.-, 30 gr Mk. 6.-
kaufen bei:
Adolf Dürr, Herr- und Damenfriseur
Karlsruhe (Baden), Bahnhofplatz 4
Erklärungsgemäß dankbarste
- Weihnachts-Geschenke! -

Gg. Schneider, Stuttgart, Gymnasiumstr. 21 A, 1 St., Tel. 5703
Haarpflegespezialist und Haarheilkundiger
Besitzer und Leiter des I. Württembergischen Naturheilmuseums nur für Haar- und Bartwuchsstörungen, sowie für Haar- und Bartpflege.
Bei Besuchen meines Instituts ist Anmeldung erwünscht.

Diejenigen Personen, die ihre Lebensmittelkarten nicht in der oben angegebenen Reihenfolge abholen, müssen eine Gebühr von 50 S entrichten.

Der bei der letzten Ausgabe beigelegte Meldezettel ist genau auszufüllen, dem Haushaltungsvorstand zu unterbreiten und mitzubringen. Zu beachten ist, daß unvollständige Meldezettel unter allen Umständen zurückgewiesen werden.

Sämtliche Karten sind sofort nach Empfang auf ihre Richtigkeit auch bezüglich der auf der Rückseite der Brot-, Vollmilch- und Butterkarten vorgenommenen Abwägung (Baden-Baden) zu prüfen und eine eventl. Reklamation sofort nach erfolgter Kartenausgabe bei der Ausgabe-stelle anzubringen. Später einlaufende Beanstandungen werden keinesfalls anerkannt. Die Einwohner werden ersucht, die Umschlüsse, in welchen die Karten waren, aufzubewahren.

Selbstverfoger mit Brot und Mehl erhalten Brotkarten nur dann, wenn sie eine von der Brot- und Mehlabteilung ausgestellte Bescheinigung auf Zimmer 10 Abteilung Kartenstelle vorzeigen.

Familien, die Kinder im Alter von 1 bis 2 Jahren haben, dürfen gegen Vorlage der Geburtscheine und der Vorkarte (Abkürzung der 1. Woche U 1 muß vorhanden sein) Zwiebackmarken auf Zimmer 10 Abteilung Kartenstelle in Empfang nehmen.

Einwohner, welche ihre Vollmilch beim Kuhhalter beziehen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die hierzu notwendigen Berechtigungskarten zum Bezug der Vollmilch auf Zimmer 10 Abteilung Kartenstelle in nachstehender Buchstabeneinteilung abgeholt werden können:

Am Dienstag, den 14. Dezember, für die Buchstaben U-F
Am Mittwoch, den 15. Dezember, für die Buchstaben G-R
Am Donnerstag, den 16. Dezember, für die Buchstaben S-T
Am Freitag, den 17. Dezember, für die Buchstaben U
Am Samstag, den 18. Dezember, für die Buchstaben V-Z
Lebensmittelamt

Lebensmittel-Verteilung

für die Zeit vom 13. Dezember bis 18. Dez. 1920.

1. Brot: 1500 Gramm.
2. Weizenmehl (ausländisches, 75%) 500 Gr. (anstatt 250 Gramm) auf die Weilmarte U 1 der 1. Woche (neue Vorkarte) Preis pro Pfund 5 Mk. Abgabe erfolgt in sämtlichen Bäckereien und Mehlhandlungen.
3. Schmalz: In den einschlägigen Metzgereien und Butchereien: 1/2 Pfund zum Preis von 19 Mk. per Pfund.
4. Spezial-Haushaltungsmehl kommt im Laufe der nächsten Woche durch die Kolonialwarenhandlungen in beliebiger Menge zur Ausgabe. Der Preis wird noch bekannt gegeben. Das Mehl ist nach dem neuesten Verfahren aus Weizen hergestellt und wird leicheres vor dem Verarbeiten geschält und entbitert und wird so ein erstklassiges Produkt gewonnen. Zu Weihnachtsgebäck kann das Mehl rein oder mit anderen Mehlen gemischt vorzüglich verwendet werden.
5. Ferner gelangt an Kasse 5 zur Ausgabe:
Tee, indisch, per Pfund 32.- Mk.
Trockenganzl (50 Gr. entspr. 4 Eier) per 50 Gr. 4.- Mk.
Trockeneigel (reines Eiweiß) 3,85 Mk. per 50 Gramm
Olivenöl per Liter 26.- Mk.
Distills per Pfund 8.- Mk.
Corned-Beef per 6 Pfund-Dose 48,50 Mk.
6. Als Kartoffeleratz empfehlen wir den Bezug von
Weis per Pfund 6.- Mk.
Säferfloden per Pfund 3,30 Mk.
Bohnen per Pfund 3.- Mk.
Erbsen per Pfund 3.- Mk.

durch die Kolonialwarengeschäfte.

Vorbereitung:

1. Zucker: 750 Gramm Monatszucker (Januar) und 300 Gramm Zulage. Vorbereitung auf die Weilmarte 3z der Zuckerkarte. Preis pro Pfund 4 Mk.
2. Feigwaren: (75%) 125 Gramm. Vorbereitung auf die Weilmarte 1c der Kolonialwarenkarte. Preis pro Pfund 5,50 Mk.

3. Konb. Milch: Vorbereitung auf die Weilmarte 3h der Haushaltungskarte. Preis pro Dose 12 Mk. Die Ausgabe der Milch erfolgt nach folgendem Schlüssel:
Haushaltungskarte A = 1 Dose,
B = 2 Dosen,
C = 3
D = 4
E = 5
F = 6
usw. bis L = 11 8324
Lebensmittelamt.

Bruchsaler Anzeigen.

Kartenausgabe

am Dienstag, den 14. Dezember 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben D bis einschließlich G.
Bruchsal, den 13. Dezember 1920.
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
Kartenausgabestelle.

Allen Automatenabnehmern zur Kenntnis, daß das Einwerfen von 10 Pfg.-Stücken verboten ist.
Bei Zuwiderhandlungen wird die Gaszufuhr gesperrt. 8304
Techn. Amt der Stadt Bruchsal
Höfl. Gadowert.

Rastatter Anzeigen.

Den Einzug des Wasser-, Gas- und Stromgeldes betr.

Um den Einzug der obigen Gelder, sowohl für die Abnehmer wie für die Kassen tunlichst zu vereinfachen, ist beabsichtigt, den Abnehmern die Zahlung bargeldlos, resp. durch entsprechende Ueberweisung durch Postcheck- oder Bankkonto zu ermöglichen.
Diejenigen Abnehmer, welche auf die eine oder andere Weise sich der bargeldlosen Zahlungswiese bedienen wollen, werden gebeten, dies bis zum 20. ds. Mts., den betr. Kassen, welche sich seit 1. ds. Mts., alle im Verwaltungsgebäude der städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Versorgung, Kurzeilstraße Nr. 2 befinden, evtl. unter Bezeichnung der künftigen Zahlungstelle, anzeigen zu wollen. 3323
Rastatt, den 8. Dezember 1920.
Das Bürgermeisteramt.
Kerner. Joller.

Offenburger Anzeigen.

Einladung.

Die verehrl. Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu der am
Freitag, den 17. Dezember 1920, nachm. 3 Uhr im Bürgerhalle
stattfindenden Bürgerausschussung hiermit ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
Vorlage 1: Erhebung einer Steuer vom Liegenschafts- und Betriebsvermögen.
2: Vorschlag für 1920/21.
3: Erhebung einer Gebühr für die Rahl-abfuhr.
4: Gemeindeforschlag zur Hundsteuer.
5: Erhebung einer Zuschlagsgebühr für Wohnung des städt. Schlachthofes.
6: Umlegung von Straßentischen.
7: Erwerbung der Grundstücke 293, 293/3, 293/4, 1755.
8: Zeitungsabkündigung der Beifiger des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts des Wirtlichungs- und Wohnungsausschusses und des Erwerbslosen-Hilfsvereins.
Offenburg, den 9. Dezember 1920.
Der Oberbürgermeister.

Kochmehl-Ausgabe.

Gegen die mit der Vorkarte verbundenen Auslands-Kochmehlmarken, kann vom Dienstag, den 14. Dezember ab, 75% ausländisches Weizenmehl, das Pfund 5.-, in den Bäckereien entnommen werden.
Offenburg, den 10. Dezember 1920. 3328
Städt. Lebensmittelamt.

In unserer Verkaufsstelle Langestraße 29 (Waren-saal) gelangen ab Dienstag, 14. Dezember 1920, an hiesige Einwohner gegen Berechtigungschein zum Verkauf:

- 180 Paar getr. Männer-Unterhosen, Leinen, Qualität I. per Paar Mk. 16.-
 - 20 Paar getr. Männer-Unterhosen, Leinen, Qualität II. per Paar Mk. 12.-
 - 20 Paar getr. Männer-Unterhosen, Tritot, Qualität I. per Paar Mk. 20.-
 - 6 Paar getr. Männer-Unterhosen, Tritot, Qualität II. per Paar Mk. 16.-
 - 20 Paar getr. Männer-Unterhosen, Tritot und Stoff, Qualität I. per Paar Mk. 14.-
 - 19 Paar getr. Männer-Unterhosen, Tritot und Stoff, Qualität II. per Paar Mk. 10.-
 - 15 Paar getr. Männer-Unterhosen, Tritot und Stoff, Qualität III. per Paar Mk. 6.-
 - 20 Stück getr. Unterjassen, Qualität I. per Stück Mk. 14.-
 - 6 Stück getr. Unterjassen, Qualität II. per Stück Mk. 6.-
 - 450 Paar wollene, handgestricke, Frauen-Strümpfe per Paar Mk. 15.-
 - 100 Stück weiße Pianell-Leibbinden Stück Mk. 2,50
- Zum Teil wiederergriffen sind:**
Pianell-Männerstrümpfen, mit und ohne Kragen, I. Qualität, zum Preise von Mk. 67,50 u. 63.-
Pianell-, Halbplanell-Frauenhemden zum Preise von Mk. 66.-, 44.- u. 38,50
Echt, engl. Wollsocken, vorzügliche Qualität zum Preise von Mk. 26.-
Echt, engl. Wollmägen (Sportmägen), vorzügliche Qualität, zum Preise von Mk. 14.-
Wiederhergestellte Gebirgsjährläuche von Mk. 60.- an
- Auf je einen Kinderbemitteltenausweis kommt 1 Stück entweder Unterhose oder Unterjasse. Berechtigungscheinausgabe, unter Vorweis des Kinderbemitteltenausweises vom Dienstag, den 14. Dezember ab (soweit Vorrat reicht) täglich von vormittags 8 1/2 bis 12 Uhr, Kornstraße 2, Zimmer neben dem Bürgeraal.
Vorweisen mehrerer Kinderbemitteltenausweise durch eine Person kann nicht gestattet werden.
Kommunalverband Offenburg-Stadt.
Abteilung Bekleidung. 3327

BILLIGE GESCHENKE

Kleiderstoffe	Taschentücher	Seide
Schotten für Kleider und Blusen, doppelbreit . . . Meter 32.50	Damen-Batisttücher mit Hohlraum Stück 5.75 4.25 3.75	Blusen- und Kleiderseide, einfarbig, in vielen Farben . . . Meter 39.50
Kostüme, 130 cm breit Meter 49.50	Damen-Batisttücher mit gestickter Ecke Stück 10.50 7.50 6.75	Blusen- und Kleiderseide, mod. Streifen Meter 39.50
Kleider-Mohair, doppelbreit, mod. Farben . Meter 42.50	Damen-Batisttücher mit Feston, Madeira-Imitation Stück 7.50	Blusen- und Kleiderseide, spacie Karos Meter 49.50
Kleider-Serge, doppelbr., reine Wolle, in vielen Farb., Mtr. 85.-	Damen-Batisttücher m. gest. Ecke, Handarb. 10.50 Oklarbeit 12.50	Kleiderseide, ca. 85 cm breit in vielen Farb., Meter 78.50
Cheviot, reine Wolle, . . . Mtr. 78.50	Damen-Tücher, bunt gestickt . . . Stück 6.75	Blusen- und Kleiderseide, aparte Master Meter 76.50
Kostüme, 130 cm breit, f. Reisekleider . . . Mtr. 65.-	Trauer-Tücher, rein Leinen und Batist . . . Stück 5.50	Kostüm- und Kleidersamt Lindner Körperware, 86 cm breit, Mtr. für Mantel 82.-
Foulé, reine Wolle, 130 cm breit, f. Kostüme, in viel. Farb., Mtr. 82.-	Damen-Batisttücher, weiß, mit Hohlraum, St. 12.50 9.75 9.25	Mohair-Astrachan, 130 cm br., m. . . Meter 175.-
<p>Ein Posten weiß bestickter Voile-Batist 110/115 cm breit . . . Mtr. 42.50 32.50</p>		
<p>1 Posten Korsetten aus gut. Nesselstoff, m. Feston Stk. 29.50</p>		
<p>1 Posten Korsetten, langh. Form, aus sehr fest. Stoff, mit Garnit. u. Strumpfhalt., St. 35.00</p>		
<p>Nur solange Vorrat!</p>		
<p>1 Posten Korsetten, gute, lange Form aus champ. u. naturb. Stoff, m. Strumpfh., St. 39.00</p>		
<p>1 Posten Korsetten, lange Form, aus prima Nesselstoffen, mit Strumpfhalt., St. 48.00</p>		
<p>1 Posten Korsetten, langh. Form, champ. u. grau, mit Garnit. u. Strumpfhalt., St. 58.00</p>		
<p>1 Posten Korsetten, Bettdamast 130 cm breit . . . Meter 49.50</p>		
<p>1 Posten Korsetten, Büstenhalter in jeder Größe in grosser Auswahl</p>		

GESCHW. KNOPF

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichtert. Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Badischer Baubund e. m. b. H.
Karlsruhe
Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8-12, nachmittags von 2-6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Lüchtige Sortiererin

für dauernde Beschäftigung per sofort gesucht

Peter Linden
Zigarrenfabrik 6915
Wilhelmstraße 47.

Kaufe

getrag. Kleider, Schuhe, Weiszeug, Möbel, aller Art, zu realen Preisen.

A. Schap,
67 Kaiserstraße 67
(Eingang Bahnhofsstr.)

Gg. Paul's Uhrengeschäft

Marienstr. 33 Karlsruhe Fernruf 3237
empfiehlt als willkommenen

Weihnachts-Geschenke

Reiche Auswahl in
Küchen-Uhren, moderne Wand-Uhren
ferner 6780

Gold- und Silber-Schmuck, Perl-Ketten
Fassungen mit Emaillebildern nach jeder Photographie
Mundharmonikas — Taschen-Lampen
Stets frische Batterien

Zuverlässige Reparatur-Werkstätte.

Konzertzyther

Überall erhältlich.
Vertreter in Karlsruhe:
Herm. J. Weiss
Scheffelstrasse 49.

Volksbühne.

Im Landestheater.
Montag, 13. Dezember **EG** Anfang 7 Uhr.
Ende 10 Uhr

Zar- und Zimmermann.

Nur Stehplätze vorhanden. 8318

Die Bezirksversammlungen im Jahre 1921 betr.

Die regelmäßigen Sitzungen des Bezirksrats im Jahre 1921 finden an folgenden Tagen statt:

18. Januar,	6. und 26. Juli,
15. Februar,	16. August,
1. und 22. März,	6. und 27. September,
12. April,	18. Oktober,
3. und 24. Mai,	8. und 29. November,
14. Juni,	30. Dezember.

Karlsruhe, den 7. Dezember 1920.

Bad. Bezirksamt I. D.-3.321

Städt. Ausstellungshalle

Großer Schuhwaren-Verkauf

Die Städt. Bekleidungsstelle verkauft einen großen Posten Schuhwaren aller Art zu wesentlich ermäßigten Preisen.

Wir bringen:

Männerstiefel	Rindbock schwarz und braun, kräftiger Gebrauchstiefel Mtr.	185.-	
Frauenstiefel	Rindbock schwarz, feinste Ausführung	140.-	
Frauenstiefel	Zaba braun, gleiche Ausführung Mtr.	150.-	
Kinderstiefel	Rindbock schwarz, sehr haltbar in Größe 27/30 Mtr.	95.-	
		31/35 "	115.-
		36/39 "	130.-
Kinderstiefel	Pa. Kalbled. braun Mtr.	115.-	
		31/35 "	139.-
		36/39 "	179.-
Kinderstiefel	holzgenagelt Rindleder Mtr.	60.-	
Kräftiger Stiefel	für täglichen Gebrauch Mtr.	75.-	
Segeltuchschuhe	braun mit Leder-Sohlen u. Leder-Lappen f. Kinder Mtr.	59.-	
		31/35 "	65.-
Amerik. Militärstiefel	gebraucht, schwarz u. braun, neu gef. und geflickt nur noch in Gr. 39-41 vorrätig Mtr.	120.-	
Amerik. Gummiüberstiefel	gebraucht 130 cm hoch m. Wasserdichtigkeit Mtr.	45.-	
	ganz aus Gummi bestehend, wenig getragen Mtr.	100.-	
Frauenpantoffel	in Leder und Kamelhaar Mtr.	14.-	

Schuhcreme schwarz — 50 Mk., farbige 1 Mk.
Schuhfett 1 Mk. die Dose
Schuhstiefel schwarz — 50 Mk. das Paar

Verkauf an Jedermann! Packmaterial bitte mitbringen!
Verkauf täglich ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 1/6 Uhr nachmittags (Samstags nur bis 5 Uhr) in der neuen Städt. Ausstellungshalle, gegenüb. Festhalle, Eingang von der Gartenstraße.

Die schönste Weihnachtsfreude

bereiten Sie mit meinen Sportartikeln

— Sportgerecht — preiswert — reell

Karlsruhe i. B. **SPORT-KARLSRUHE-BEIER** **Filliale Durlach**

Kaiserstraße 174. Hauptstraße 30.
Fernsprecher 5218. Fernsprecher 20.

Deutsche Romane

zeitgenössischer Dichter

Die zwei Nationen. Ein Zeitroman von Franzott Kamm. 20 Mark
Geert Holdts Brauschau. Ein Liebesroman von Franzott Kamm. 20 Mark
Auf heiß umstrittener Erde. Ein Liebesroman von Margarete von Wottschall. 15 Mark
Von den tiefen Wäldern des Hans Schaffner. Ein Persönlichkeitsroman von Wilhelm Edward Oerle. Mit einem Geleitwort von Friedrich Schlegel. 16 Mark
Heustecher. Ein humoristischer Roman von Max Burckhardt. 21 Mark

In dieser neuen Sammlung finden nur Werke einer innerlich tiefen Kunst von Meistern der deutschen Literatur. In jedem dieser Romane ist das Leben in überaus spannender Weise im höchsten Grade lebendig dargestellt. In diesen Romanen kommen noch die ersichtlichsten Dichtungsarten vor.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. A. Görr, Karlsruhe 12, 2. Stock. 6171

Bretter

24 u. 30 mm St. zu verschiedenen Breiten, sowie auch Schreinerware, sehr billig zu verkaufen, ebenso Kisten, Eichen, Buchen, abgelaugte Barre und Buchholz, Federle, Durlacher Allee 68. 6881

Fuchswitterung, Tolsicher

mache sich jeder selbst und fängt gleich die ersten Räucher. In Ditsch-Druckerei fang ich damit Zugende Steppenwölfe, Schakale und Jhuana, 1910-1918. Letzte Jahre in der Gifel. Beste Erfolge, selbst ausprobieren. Garantie für vollen Erfolg, fende Betrag zurück. Man verlange Zubereitungsart, Aufbewahrung und Fangvorschriften für Nr. 22. - Nachh. 6817
Kloß Klein, Kasten, Etzelstraße 74.

Emser Pastillen
gegen Heiserkeit, Husten u. s. w.

Warnung vor Nachahmungen

Belentungskörper

für Gas u. Electr. Leuchten eingetroffen, große Auswahl, bis auf weiteres 30 Prozent Nachlass

Elektrische Bügelleisen und Kochplatten in bester Qualität stets auf Lager.

Gustav Adolf Stöck
Scheffelstr. 60. Tel. 1626.
Großer Umlag, Kleiner Kugen.

Jeh bin rasierter

Rasier-Klinge

Guerrahahn

Bezug
Abholu
ogen 4

beriet
eines
mission
ausgea
reiß g
hof mi
zur K
joll ein
jede M
Artikel

tion fü
achen
behaue
nicht i
Beifall
Andri
gegenü
tisches
glicher
misse.
von Be
dieser
Der G
gatacti
Staat
B a f f
der Be
Wochm
im Da
menten
früh
len mi
wer S
Schied
Ende
interf
Verich
bei der
Urugu
aus, d
schen
klien
bah S
Partei
würde
U
Pakt d
linie
on - 3
Bols
Hoffnu
ebenfa
net.
den, u
rechts
trauen
Lunna
Ba f f
er grü
solche
Entwic
Schwei
Schwei
stimm
Gefahr
schliche
gesteht
unter

Die Beitrage werden fällig, sobald der Kanal vom Grundeigentümer benutzt wird. 8314
Karlsruhe, den 7. Dezember 1920.

Der Stadtrat.

Bei der am 18. November ds. Js. erfolgten Wahl von 35 Mitgliedern unserer Kammer (Gesamterneuerung) wurden gewählt die Herren: Adolf Huber-Nürnberg, August Bartsch-Baden-Baden, Fritz Höltscher-Baden-Baden, Christian Stuffer-Baden-Baden, Theodor Darsch-Bretten, Hans Verblinger-Bruchsal, Ludwig Kuhn-Bruchsal, G. Martin Seib-Bruchsal, Max Strauß-Bruchsal, Ludwig Jaedicke-Bühl, Bademer Kuttner-Durlach, August Schaber-Durlach, Eduard Kuhn-Ettlingen, Fritz Wadner-Ettlingen, Dr. Gustav Dörries-Karlsruhe, Emil Dürr-Karlsruhe, Martin Eisch-Karlsruhe, Ernst Finkeneller-Karlsruhe, Otto Freundlieb-Karlsruhe, Arthur Fuchs-Karlsruhe, Richard Gell-Karlsruhe, Heinrich Knippenberg-Karlsruhe, Friedrich Kiefer-Karlsruhe, Karl Künzel-Karlsruhe, Friedrich Maucher-Karlsruhe, Otto Maucher-Karlsruhe, Willi Menninger-Karlsruhe, Robert Nicolai-Karlsruhe, Karl Schremp-Karlsruhe, Rudolf Zimmer-Karlsruhe, Dr. Nathan Stein-Karlsruhe, Friedrich Wolff-Karlsruhe, Theodor Kopf-Rastatt, Felix Bohrmann-Gaggenau und Gustav Rheinbold-Rastatt.

Für Herrn Fabrikanten Heinrich Knippenberg, der sein Amt inzwischen der Kammer zur Verfügung stellte, wurde Herr Fabrikant Leopold Kölsch zugewählt.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden. 6955
G. Jell. Dr. Krienen